

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 58 NUMMER

(21/90)

18. DEZEMBER 1990

PREIS: öS 10,—

Leobersdorf (NÖ):

Kampf um's (Über-)Leben

“Gefahr im Verzug” bei den ArbeiterInnenhäusern in Leobersdorf. Die Gemeinde will so bald wie möglich abreißen lassen. Für die 20-30 aus der Türkei und Jugoslawien stammenden und hier wohnenden Familien gibt es bisher keine Ersatzwohnungen. Und die wird es auch so bald nicht geben. “Ausländer gehen mich nix an”, sagt der für das Wohl seiner GemeindebürgerInnen sorgende Bürgermeister Haiden und befindet sich damit voll im Trend unserer Zeit.

Der Bagger steht schon im Hof, die Menschen sind verunsichert und wissen nicht, ob es ihre Wohnung noch geben wird, wenn sie von der Arbeit heimkommen. *Fortsetzung Seite 8*



El Salvador:

Neue Offensive der FMLN

- Mehrere Flugzeug- und Hubschrauberabschüsse durch die Guerrilla. Regierung scheint zu Verhandlungen bereit
- Interview mit Jesus Rochas, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN

ab Seite 14

Fremdenpolizeigesetz beschlossen

Donnerstag morgen wurde die Neufassung des Fremdenpolizeigesetzes im Parlament einstimmig beschlossen. Mit der Neufassung wird das bereits im März und im Juli verschärfte Fremdenpolizeigesetz in eine einheitliche Form gebracht und zusätzlich folgende Verschärfungen verankert:

- Möglichkeit der zentralen Datenerfassung (via EKIS: Elektronisches kriminalpolizeiliches Informationssystem) und der internationalen Vernetzung von Daten;
- “Aufenthaltsbeendigung” und “Zurückweisung” als neue Sanktionsmittel;
- weitere Ausweitung der Möglichkeiten zur Verhängung von Aufenthaltsverboten.

Die Fremdenpolizeigesetz in der neuen Fassung wird am 1. Jänner 1991 in Kraft treten.●

EXPO-Müll

Baumschlägerungen haben begonnen

(TATblatt-Wien)

Der im letzten Tatblatt angekündigte Beginn des Aushubs der Mülldeponie unter dem Donaupark im Zuge der EXPO-Vorarbeiten fand vorerst noch nicht statt.

Begonnen und auch schon wieder abgeschlossen wurde allerdings inzwischen die Schlägerung der Bäume über der Deponie. Dies fand in einer nächtlichen Überwachungsaktion der Gemeinde am 4. Dezember (oder war es der 5.;?; ähem) statt. Das im letzten Tatblatt angekündigte Widerstandsfest am 9. Dezember wurde leider von der veranstaltenden BürgerInneninitiative nach Drucklegung des Tatblattes wieder abgesagt. Eine stattdessen abgehaltene

Protestkundgebung war nur sehr schwach besucht, da Leute, die ein Fest besuchen wollen, ja nicht unbedingt schon zur offiziellen Beginnzeit hinkommen.

Weitere Protestkundgebungen gab es unterdessen auch vor einer Bezirksratssitzung im 10. Bezirk — wo ja die Hälfte des abzutransportierenden Mülls hinkommen soll (weniger in die Bezirksratssitzung als auf die naheliegende Deponie am Wienerberg) —, und vor einer Bezirksratssitzung im 22. Bezirk, bei der dem sichtlich uninter-

essierten Bezirksvorsteher Schultz auch eine Petition überreicht wurde.

Weitere machtvolle Ereignisse sollen folgen. Meldungen über ein allfälliges in-die-Knie-gehen seitens der Gemeinde liegen derzeit sonderbarer Weise noch nicht vor. Im Gegenteil...•

Wieder Nazi-Aktion in St.Pölten

(TATblatt Vancouver)

Nach der "Eroberung der Straße" mit Hilfe der St.Pöltner Polizei durch den Neonazi Gottfried Küssel und seiner Sturmtruppe am ersten November-Wochenende war in St.Pölten am 1. Dezember wieder ein Schritt in Richtung "Selbsthaftwerdung" der Nazis angesagt. Die angekündigte Demonstration durch die Innenstadt wurde zwar wegen Gefahr des Verstoßes gegen das Verbot der NS-Wiederbetätigung untersagt, den Rest des Nachmittags können die Nazis aber dennoch wieder als Erfolg verbuchen. Trotz verbotener Demonstration wurde Küssel und seinen Kumpanen die Abhaltung einer "geschlossenen Veranstaltung" in einem noch unbekanntem Gasthaus (Adresse wird nachgeliefert) gestattet. Was dort dann so bezüglich Verbotsgesetz alles geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. Nicht unserer Kenntnis entzieht sich allerdings die Tatsache, daß der St.Pöltner Bahnhof während der Sammlung der Nazis für AusländerInnen polizeilich gesperrt war. •



EXPO '95

Alles ist möglich

(TATblatt-Wien)

Falls Budapest aus dem gemeinsamen EXPO-Projekt aussteigen sollte, so kann Wien diese auch alleine durchführen. Dies wurde nun mit dem Internationalen Weltausstellungsbüro BIE in Paris endgültig abgeklärt. Budapest hat die Entscheidung über die Teilnahme unterdessen auf Juni '91 verschoben.

Damit wird die EXPO für Wien immer wahrscheinlicher. Auch eine Verschiebung auf 1996 erscheint inzwischen unwahrscheinlich. Dies wurde u.a. vom EXPO-Kulturbeirat abgelehnt, der im Falle eines Zusammenfalls mit der Tausendjahr-Feier Österreichs das grandiose Ausstellungsthema „Brücken in die Zukunft“ mit der beispieldosen erweiterten Fragestellung „Was trägt noch?“ gefährdet sieht.

FINANZIERUNG

Mit viel Händeschütteln und kollektivem Grinsen wurde am 10. Dezember zum wiederholten Male die finanzielle Beteiligung der japanischen „Nomura“-Gruppe verkündet. Einen Vertrag gibt es allerdings

immer noch nicht.

Nomura möchte sich sowohl in die EXPO-Vienna-AG als auch in die neue „Wiener Entwicklungsgesellschaft Donauraum“ (WED) einkaufen. Die Aufgabe der WED ist gewissermaßen der Bau der „2. Wiener City“ an der Donau. Zu diesem Zweck hat sie die drei Gebiete

- ehemaliges Nordbahnhofgelände
- eigentliches EXPO-Gelände bei der Uno-City — unabhängig davon ob eine EXPO stattfindet oder nicht
- Teile des ehemaligen Flughafens Aspern neben dem General-Motors-Gelände zu verwalten.

Nomuras Bedingung für die Beteiligung an der WED ist die Gleichbehandlung mit den österreichischen Banken. Eine allfällige Absage der Weltausstellung ist für die WED-Beteiligung allerdings bedeutungslos, so Nomura.

An der WED ist neben Nomura (zu 20%) auch die Wiener Holding, zwei österreichische Banken (welche?) und die Gemeinde Wien (derzeit noch zum größten Teil) beteiligt. •

Radeln Am Freitag

RadldiRadldo

(TATblatt-Wien)

Der für die regelmäßige Untersagung der Radldemos verantwortlich gewesene Dr. Hagen von der Staatspolizei hat sich selbst gerichtet. Das ist nun schon ein paar Wochen her. Seitdem ist die Polizei spürbar friedlicher geworden (ohne daß ich selbst allerdings da an einen Zusammenhang glauben würde).

Ansonsten gibt es nix neues von den Radldemos. Sie sind halt auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Obwohl: am 7. Dezember, bei der insgesamt 25. Fahrt, war es fast wieder einmal so, wie in den alten Tagen. Die durchwegs motorisierten Polizeikräfte wurden bei einem Abschneder durch ein Durchhaus zwischen Mariahilferstraße und Gumpendorferstraße abgehängt. Danach fuhren wir zur Wienzeile, wo wir nach Wochen erstmals wieder in aller Ruhe die volle Breite einnehmen konnten. Mangels Polizei gab es auch keine Wickel, Anzeigen, oder ähnliches.

Die Radldemos gibt es freilich auch im Winter: Treffpunkt: jeden Freitag um 16 Uhr am Wiener Rathausplatz. •

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und die sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543
Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

NEU: jeden Dienstag! um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

KRÖTEN FÜR DIE HUNDE — UND ZUR ABDECKUNG VON CA 20000-^S SCHULDEN, DIE WIR UEGEN DEM INL-PROZESS, ENTGEGEN KIRSIGRENDER GERÜCHTE, IMMER NOCH HABEN:
P.S.K. 7547.212 ...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.V“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543 **Konto:** P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck

SCHARFE DEMOHUNDE ZU VERGEBEN!

GEBOREN UNTER BESTEN VORAUSSETZUNGEN WÄHREND DES ZUSAMMENLEGENS DES LETZTEN TATBLATTES IN UNSEREM RÜBO, UNTER DER PRÄREVOLUTIONÄREN FANNE DER PRÄ-REVOLUTIONÄREN GENOSSINNEN AUS DEM TATBLATT-KRIMI.



Einmal EXPO und zurück

(TATblatt-Wien)

Nachdem die kulturpolitische Großtat nun sogar (wenn auch aus anderen Gründen) höchst offiziös in Frage gestellt wurde und wird, mag man/frau dieses Thema vielleicht bereits abhaken. Mit kritischem Weitblick aber lässt sich bereits (wie auch angekündigt: siehe Österreich-Jubiläum oder Mozartjahr) erkennen, daß die Sache eher dem alten Sprichwort "aufgeschoben ist nicht aufgehoben" folgen wird. In irgend einer Form wird uns derselbe Käse auf jeden Fall vorgesetzt werden. Umso mehr Grund sich weiter in die Materie zu vertiefen und nicht loszulassen. Gesagt, getan — hier die Vorstellung der aufregenden Lektüre der "Erklärung des EXPO-Kulturberrats der Stadt Wien" vom Juni 1990.

"Was trägt?" heisst es da unter dem bekannten Motto "Brücken in die Zukunft", und Ursula Pasterk (1) gibt vor, warum es (offiziell) gehen soll: "Brisante Fragen zur Gegenwart" zu stellen, "die Menschen berühren". Und das tun diese Fragen bzw. Konzepte ebenso zweifellos wie die "Weltausstellung die Stadt Wien wesentlich verändern" (2) wird.

Handelt es sich doch um eine "zentraleuropäische Weltausstellung", bei der "Kultur" "eine unverzichtbare inhaltliche Aufgabe hat". (3)

Der Stadt Wien wird da empfohlen, das Motto "Brücken in die Zukunft" "im Sinne einer TRANSIT-STATION" zu verstehen. "Ausgehend von den Begriffen wie BEWAHREN und SCHONEN soll die Frage nach dem Umgang mit dem VORHANDENEN und den TRADITIONEN gestellt werden, um Platz für NEUES zu gewinnen". (5)

Ein Kommentar zu diesem Eingangstext dürfte sich für alle, die nur einigermassen die gesamt politische Entwicklung der letzten Zeit verfolgt haben, wohl erübrigen. Ja, es geht um genau jene "die Menschen berührenden" "Fragen", die dann mit Asylgesetzen und Grenzschutztruppen beantwortet werden. Wie liest sich denn folgende Stellungnahme, wenn sie mit Realitäten wie dem Schengener Abkommen in Zusammenhang gebracht wird?: "Eine Transit Station enthält überdies die frühere Überlegung einer Umladung von Gepäck, um mit neuer (und revidierter) Ausrüstung weiterzukommen." (15)

Im Angesicht der neofaschistischen Regeneration und der zunehmend offiziell genehmigten und forcierten AusländerInnen- und Randgruppenfeindlichkeit von "Bewahren" und "Schonen" zu reden oder die Frage nach dem Umgang mit dem Vorhandenen und den Traditionen zu stellen, ist reiner Zynismus und lässt zugleich erken-

nen, für wen und innerhalb welcher Kontexte die "kritischen" Intellektuellen "Platz für NEUES" (5) gewinnen wollen. Und auch große KulturarbeiterInnen wie Hermann Beil (Burgtheater), Wolfgang Kos (Ö1-Diagonal) oder Cathrin Pichler (Psychologin und Publizistin) praktizieren unter dem Schlagwort der "KREATIVEN INVENTUR" (5) nichts anderes als kulturelle Verschleierung von real existierenden Herrschaftsverhältnissen. "Stellen wir uns vor, die Brücke trägt nicht mehr all den Ballast, der uns umgibt — was ist dann das Unverzichtbare?" — wohl jene kulturellen Innovationen, die im Dienste einer repressiven Politik von Staat und Kapital den KonsumentInnen solcher Schöpfungen aufs Neue ästhetisch verbrämten Sand in die Augen streuen. Jenes in der "Erklärung" vorgestellte "gedankliche Fundament", jene "schlüssige Weltausstellungsphilosophie" (8) ist jedenfalls Ideologie von der schlimmsten Sorte.

Es geht um eine Weltrecherche, die sich den "Traditionen und kulturellen Verhaltensweisen" mit dem Ziel widmet, "authentische Erfahrungen zu mobilisieren" (9). Es geht um "KULTURSPECIFISCHE WELTKOMPETENZ" und in weiterer Folge um die Strategie, einer neuen "KUNST DES AUSWÄHLENS". Wie gehabt: den Obdach- und Arbeitslosen, den U-Booten und SchwarzarbeiterInnen sei dringend anempfohlen, ihre "authentischen Erfahrungen" endgültig hinter sich zu lassen und sich statt der vergeblichen Suche nach Wohnung, Arbeit und Nahrung doch lieber an der großen Weltrecherche zu beteiligen. Und Österreich, gerade Wien führt doch tagtäglich vor, wie die Kunst des Auswählens funktioniert. Denn hier, heisst es in einer weiteren Verdrehung, deren Unverschämtheit mir buchstäblich den Atem verschlägt, "müssen wir mit einer unendlichen Vielzahl von SPRACHEN und IDENTITÄTEN rechnen und sie produktiv machen." (11)

Das Vokabular lässt freilich noch durchscheinen, was für die meisten Wirklichkeit ist: daß man/frau unaufhörlich (nach sozialer Schichtung, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit verschieden) ver- und berechnet wird, zugeteilt und hin- und hergeschoben, von profitgierigen Unternehmern und Wohnungsmaklern "produktiv" gemacht wird. Diese Lesart scheint mir schon viel mehr Aufschluss über den Charakter jener "Filter" und "Modelle" zu geben, die die Gesamtkultur der EXPO 95 entwickeln könnte. (11)

Denn "Brücken" sind "innovative Zonen, wo neue Übersetzungen ohne komplizierte Gebrauchsanweisungen handhabbar sind (...), Möglichkeiten um Hindernisse, um Trennendes zu überwinden." (11) Welche Innovationen zur Vereinfachung von Gebrauch und Überwindung von Hinder-

nissen da wohl dahinterstehen: etwa die des (neuen-alten) autoritären Staates, die der Überwindung von Hindernissen der Demokratie und Autonomie, die der rhetorischen Überwindung von Klassen- oder Geschlechterdifferenzen zur Befestigung der bestehenden Verhältnisse?

Nein, auf keinen Fall, geht es doch streng wissenschaftlich zu, wird doch auch nach der Geschichtlichkeit, ja sogar nach einer "EPOCHENBILANZ" gefragt. Aus der "Bilanz der Vergangenheit" soll ein "Budget der Zukunft" erstellt werden. Und dazu bedarf es einmal mehr eines "KREATIVITÄTSSCHUBS": "Überschreiten" und "Übersetzen" sind seine Metaphern. (10) Und nicht zufällig erscheint in "Zeiten wie diesen" das "BEWAHREN-ERHALTEN" als das zentrale Subthema der EXPO. (12)

Was aber bewahrt und erhalten wird, das war schon seit jeher Sache der Mächtigen. Und seit jeher sind die von ihnen mal an kürzerer mal an längerer Leine gehaltenen Intellektuellen "KUNDSCHAFTER" gewesen, wenn auch mit in letzter Instanz von den herrschenden festgelegten Blick- und Aufklärungsinteressen. Dass sich der Blick ganz auf eine "Kulturethnologische Zeitreise" konzentriert spricht seine eigene, EG- und weltöffnungsöffene Sprache. Möglichst abgehoben, dem neuen Modell des "Flanierens" entsprechend, sollen "Knotenpunkte" aus den verschiedensten Kulturen herausgelöst werden kann, statt ihre Zusammenhänge zu erkennen und diese mit der eigenen rückzukoppeln. (13)

Bei allem Pathos und den naiven intellektualistischen Höhenflügen des Beirates: seine Vorschläge an Bund, Stadt Wien und EXPO VIENNA AG sind so ohne nicht und werden für viele, die eben nicht zur Kulturrelite gehören, eine harte Bauchlandung bedeuten.

So umfaßt z.B. das Raumprogramm ein gigantisches "EXPO-Theater" mit 4500 (!) Sitzplätzen und 3 weitere Freilufttheater mit 2.500 bzw. 800 Plätzen (17). Abgesehen von der Frage, ob es nicht wichtigere Bauvorhaben gibt und der, was solch Wahnsinns-Architektur an Wohn- und Erholungsraum zubetonieren wird, könnte der KUNDSCHAFTER (durchaus im Sinne einer EPOCHENBILANZ) auch nach den historischen Ursprüngen solcher "Panorama-Theater" fragen: sowohl bei den antiken Griechen, vor allem aber bei den repräsentationsgeilen Nazis (den beiden Hauptpfeilern solcher "Massen"kunst) war die ästhetische Umsetzung immer mit der machtvollen Demonstration der Staatsautorität und seiner Ordnungen verbunden. Auch sie haben "ein selbständiges Zeichen" für sich" (19) im Auge gehabt, auch ihnen ging es um das Vorführen der großartigsten Kulturleistungen, um die Instrumentalisierung von Künstlern zu "großen Magiern des mehrdi-

(1) Für alle die es nicht wissen: Amtsführende Stadträtin für Kultur in Wien

(2) Zahlen in Klammer beziehen sich fortan auf die Seitenzahlen der EXPO-Kulturberratsklärung

mensionalen Schau-spiels" (20). Ganz frei nach dem Motto: "Man kann die Tribüne besteigen, benutzen, und sieht das EXPO-Areal schon in einem anderen Zusammenhang." (19) Und damit, möchte ich konsequent hinzufügen, auch die Welt.

Egal ob es sich nun um das Projekt Observatorium (einem neuen Typ von Museum, in dem eben herausgelöste Knotenpunkte aus den verschiedensten Kulturen zur Darstellung kommen sollen) (21), das Projekt Musterwohnbauten (primär um den "Glauben an die Stadt zu wahren!") (24), eine Photographieausstellung, die Sammlung der Sammlungen "Sammelsurium" (30) oder einen "Palast der Dinge" handelt: vorherrschende Technik ist das Aus-dem-Zusammenhang-reissen, das Entstellen und Verschleiern von Wirklichkeit, die "Abenteuerreise durch das geschichtslose Allerlei." (30) Egal ob nun eine "Ruhmeshalle" oder eine Dialogkette mit "Weisen" dieser Welt beabsichtigt ist (mit der Idee, sie in einer Art "Extrazimmer" hoch über dem EXPO-Gelände schweben zu lassen!): die Stufen der Entpolitisierung

sind, auch wenn sie oftmals in irrationalen und absurden Bahnen verlaufen, ernst zu nehmen.

Denn, ob die EXPO nun, unter welchen Umständen und wann auch immer zustandekommt: Faktum ist (und das spiegelt sich auch in anderen zeitgemässen "intellektuellen" Konzeptionen wider) eine erschreckende Ignoranz und Arroganz solcher Kulturarbeiter (umso mehr derer, die sich kritisch geben). Und die Zusammenhänge, die Entwicklungen und Perspektiven solcherart Denkens als Legitimation des Bestehenden müssen uns umso mehr ein Anliegen sein, als sie "anderem" Denken, alternativem und autonomen Kulturkonzepten und -praktiken nicht bloß entgegenstehen, sondern (als geistige Handlanger und Vorreiter off ieller Staats- und Wirtschaftskultur und damit auch -politik) — in kulturimperialistischer Manier — auch schrittweise zerstören (siehe Rotstülchen).

Was dieses Konzept vorstellt, ist die Praxis der Isolierung der "Kulturgesellschaft" von der sozialen Realität. Und diese "Kultur"- oder auch: "Kommunikations"gesell-

schaft vergrößert die gesellschaftlichen Wahrnehmungsverluste nur noch weiter: sie schottet sich gegen Betroffenheit oder gar Engagement vollkommen ab und fährt fort, monologisch und von oben herab "Kultur"konzepte vorzusetzen, die nur die Interessen der Machthabenden (auch die Macht der Kopfarbeiter) verfolgt. Ihre ästhetischen Spiele geben die Masse zynischer Vernunft gleichgültigen Handelns vor. In dem sie nicht (Selbst-) Reflexion und kritische Öffentlichkeit, sondern (a la Panoramatheater) — mediengerecht — massenhaften Voyeurismus fördern bzw. befestigen, sind sie unter dem Mantel der Innovation nur bestrebt alles beim alten zu lassen und die Verhältnisse nur noch undurchschaubarer und unangreifbarer zu machen.

In diesem Sinne umso mehr:

EXPO verhindern, Kulturideologie aufdecken, Großprojekte (Mozartjahr, etc.) boykottieren: für selbstbestimmte Lebensräume, für eine starke autonome Kultur!!!●

The stairway to heaven Die KPÖ wird EG-freundlich

(TATblatt Wien)

Die Politik der KPÖ war in den letzten 45 Jahren — sagen wir Mal vornehm — nicht gerade von Erfolg gekrönt. Nun hat sich da was verändert. Enorme Chancen scheinen sich aufzutun, scheinen nur darauf zu warten, genutzt zu werden. Gemeint ist aber nicht die Perestroika, die Politik der Erneuerungen oder ähnliches, sondern der geplante Namenswechsel der SPÖ. Mit der Umbenennung in "Sozialdemokratische Partei Österreichs" wird ja schließlich ein Name frei, und mit dem Namen vielleicht ein Platzl an der Sonne der österreichischen Innenpolitik....

Rosemarie Atzenhofer, vor zwei Jahren noch Mitautorin des "un-heimlichen Anschlusses" (1), versucht inzwischen, sich an politische Realitäten anzuhängen. In den Volkstimme-Ausgaben vom 12. und 13. Dezember erläutert sie neue "Thesen zur Europapolitik der KPÖ". Mit der Geschichte der Partei pflegt sie — versteht sich — einen dialektischen Umgang. Die seinerzeitige Politik der Partei, die Betonung der Unvereinbarkeit von EG-Beitritt und Neutralität sowie die Behinderung möglicher ökonomischer Alternativen durch die Auslieferung an das europäische Großkapital, hat sich als richtig herausgestellt. Aber die Realitäten sind jetzt andere. "Nein ist nicht genug".

"Die EG-Anpassungen sind in vollem Gang, und davon wird auch das kommende Regierungsprogramm geprägt sein. Es handelt sich dabei vielfach um Maßnahmen, die die Internationalisierung der Wirtschaft auch ohne EG-Vorbereitung erfordert." Schluck!

Wer (er)fordert hier was, und warum?

Atzenhofer verzichtet auf nähere Ausführung eines Satzes, der ganz und gar ohne 'notwendige Anpassungen' in einem ÖVP-Programm Platz fände. Dafür legt sie ein Schäufel nach. "Die Frage, ob eine Mitgliedschaft in einer Organisation, die Entscheidungen trifft, von denen Österreich wesentlich betroffen ist, nicht zu mehr ökonomischem Spielraum führt, ist jedenfalls berechtigt."

Mir klingelt's noch im Ohr als wärs gestern: Die SP-Linken' haben auch alle so angefangen.....

Und ganz so böse, wie wir immer gedacht haben, scheint die EG ohnedies nicht zu sein. Denn trotz EG-Antrag und EG-Anpassungen im inner-

staatlichen Bereich konnten "neue politische Spielräume erschlossen werden. Dazu gehören die aktive Internationalisierung des österreichischen Kapitals ebenso wie die durch Bürgerprotest erzwungene Transitpolitik Österreichs, die zumindest die EG-Kommission schon zu einer vorsichtigeren Verkehrspolitik gegenüber den Alpenländern bewegen hat."

Das hat jetzt auch, von Atzenhofer so in den Raum gestellt, die übrigen EFTA-Länder zur Änderung ihrer Politik bewegen. Angeblich realistischere sind im Jahr 1991 "Mitgliedsbeiträge von Schweden, Finnland und Norwegen" zu erwarten. "Selbst in der Schweiz wird heute offen über eine EG-Mitgliedschaft diskutiert..."

Wer wollte da schon im Abseits stehen bleiben? Die KPÖ offensichtlich nicht. Sie braucht den 180 Grad Dreher in Richtung EG nicht mehr vorbereiten, sie hat ihn schon durchgeführt!

"Das Motto sollte lauten: Von der Ohnmacht zur neuen Politik. Einer Politik, die von den neuen Realitäten ausgeht, deren Ziel ein demokratisches, friedliches, ökologisches und soziales Europa ist; die davon ausgeht, daß das neutrale Österreich mit den anderen Neutralen dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann."

Neue Politik heißt also:

- sich einreden, daß ein Europa unter Führung von Deutscher Bank und Daimler Benz demokratisch sein kann,

- von den Ländern, die gerade ihre Truppen an den Golf verlegen, den Aufbau einer friedlichen Weltordnung erwarten,

- von einer Staatengruppe, innerhalb derer jeder siebente Mensch unter dem Existenzminimum leben muß, soziale Verbesserungen zu er-

hoffen,

- von jenen, die jahrzehntelang Umweltverschmutzung und -zerstörung gewinnbringend in alle Welt verschachert haben, den Aufbau einer ökologischen Form des Wirtschaftens zu erbiten.

- und letztlich: sich einreden, daß objektive Notwendigkeiten im Interesse der Menschheit, eventuell von Neutralen ins Gespräch gebracht, in der EG Angelpunkt der Politik sind und nicht die Profitinteressen von sage und schreibe zwölf Konzernen (die Zahl stammt aus dem "unheimlichen Anschluß").

Die KPÖ entwickelt sich immer mehr zu einer liberalen Partei von SozialromantikerInnen. In ihrer Hoffnung, früher oder später doch noch ein Bissl am Kuchen der Macht mitnaschen zu dürfen ist sie bereit, als Vorleistung sogar die ÖVP rechts zu überholen (der ÖVP-Bauernbund ist weit EG-kritischer als der vorliegende Beitrag der KP-Vorzeigeökonomin). Walter Silbermaier hatte in seinem TATblatt-Interview schon recht: "Die KPÖ ist keine linke Partei". Die Hoffnung, daß sie eine werde, kann inzwischen getrost aufgegeben werde. Angebracht sind vielmehr Glückwünsche und Anfeuerungen: Nur weiter so.....

Je eher die KPÖ mit ihrer neuen Politik das gesetzte Ziel erreicht, desto besser. Denn wenn sie endlich dort ist, wo sie hingehört (Misthaufen der Geschichte und so), richtet sie zumindest keinen Schaden mehr an.....!

(1) Margit Scherb, Inge Morawetz (Hg.): Der un-heimliche Anschluss — Österreich und die EG; Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988. Zur Erstinformation noch immer sehr gut. ●

Mitte November wurde den Besetzerinnen und Besetzern des Ernst-Kirchwegger-Hauses ein Vorschlag für einen Mietvertrag präsentiert. Wir dokumentieren den vorgeschlagenen Mietvertrag und eine Einschätzung dazu.

Zusammenfassend die Meinung der BesetzerInnen zum Vorschlag der mieterInnenfreundlichen KPÖ

Schlimm genug, daß den BesetzerInnen das Haus nicht einfach gehört, präsentiert sich die KPÖ als ganz gewöhnlich Vermieterin (oder VermietER). Der Vertragsvorschlag unterscheidet sich in nichts von den herkömmlichen Verträgen kommerzieller Prägung außer dem Mietzins, der sich auf einen Schilling im Monat beläuft. Ein Abkommen in dieser Form können die BesetzerInnen auf keinen Fall akzeptieren.

Die unannehmbaren Bedingungen sind das auf nur 5 Jahre begrenzte Mietverhältnis und die 50 Blauen für jedes Stockwerk (noch dazu, wo der Keller als in desolatem Zustand beschrieben wird und sie ihn auch noch instand setzen sollen). Das wären 100.000 Schilling, die in 4(!) Monaten aufzutreiben wären. Geradezu plump sind auch die Kündigungsgründe; besonders der Punkt des Eigenbedarfs ist haarsträubend, da eine komplexe Organisation wie die KP-

wohl keine Schwierigkeiten haben dürfte, irgendeinen Eigenbedarf nachzuweisen.

Was für mich sehr gut bei diesem Vorschlag herauskommt, sind das Mißtrauen und die Vorurteile (die die KP wohl mit der breiten Schicht der Gesellschaft teilt) gegen Randgruppen, zu denen die BesetzerInnenzene zählt. Die Konditionen wie der jederzeitige Zutritt zu den Räumen im 3. Stock, die Verpflichtung, eine Hausordnung auszuarbeiten und zwangsweise Versicherungsprämien zahlen zu müssen, die Säle mit der KP zu teilen oder den Keller nur mit schriftlicher Zustimmung vermieten zu dürfen, gehen alle in Richtung Kontrolle. Sie entmündigen die BesetzerInnen und vermitteln, daß die KP ihnen Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit nicht zutraut.

Höchst unsozial ist die Bedingung, daß im Falle einer nötigen Räumung zwecks Repa-

raturen die KP keine Ersatzwohnung oder Kostenersatz zur Verfügung stellen will.

Einige der restlichen Punkte wurden wegen ihrer Ungenauigkeit kritisiert. Wie zB. die Klausel, daß Räume & Säle nur für kulturell-politische Zwecke genutzt werden dürfen. Frau/man weiß nix genaues, wie eng die KP das Geschäftliche oder wie weit sie das Kulturell-Politische hier faßt. Es muß den BesetzerInnen auf jeden Fall möglich sein, Cash für das Haus oder gewisse Aktionen durch Konzerte usw. herein zu bekommen.

Es ist dies erst die Verhandlungsbasis, nur der erste Vorschlag, der seitens der KP gekommen ist. Für die BesetzerInnen ist klar, daß sie auf diesen Vorschlag nicht eingehen werden.

Die BesetzerInnen haben beschlossen, ihrerseits einen Vertragsvorschlag auszuarbeiten. ●

Mietvertrag für den 3. Stock

I) MIETGEGENSTAND

1. Der Vermieter als Eigentümer des "Ernst-Kirchwegger-Hauses". Gudrungrstr./Wielandg., 1100 Wien vermietet dem Mieter die in der Anlage/A näher beschriebenen Räumlichkeiten des 3. Stockwerkes.
2. Der Mietgegenstand besteht aus ... Zimmern und einem Saal sowie dem diese Zimmer verbindenden Flur gemäß Anlage/A und darf nur für Wohn- und alle damit zusammenhängenden kulturell-politischen Zwecke, nicht aber für geschäftliche Zwecke verwendet werden.
3. Eine Änderung des Verwendungszweckes ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Vermieters unzulässig. Vermietet ist nur der Innenraum des Bestandobjektes.
4. Einvernehmlich wird festgehalten, daß die Mitbenutzung aller anderen Räumlichkeiten im "E.-K.-Haus" einer erst noch abzuschließenden Nutzungsvereinbarung vorbehalten bleibt.
5. Dem Mieter werden für die Mietzeit Schlüssel ausgehändigt.

II) MIETZEIT

Das Mietverhältnis beginnt am 1. Dezember 1990 und wird auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen; es endet daher am 30. November 1995.

III) MIETZINS

1. Der vereinbarte Mietzins besteht aus
 - a) dem eigentlichen Mietzins und
 - b) dem Anteil an den Betriebskosten und öffentlichen Abgaben.
2. Der vereinbarte Mietzins beträgt monatlich S

1,- (in Worten: einen Schilling).

3. Der Mieter tritt der Glasbruch- und Sturmschädenversicherung bei und verpflichtet sich zur Entrichtung des auf ihn entfallenden Anteiles an den Prämien der Versicherungssummen.
4. Der Mieter erklärt sich damit einverstanden, daß für die Betriebskosten, öffentlichen Abgaben, Zuschläge für Aufzug, Zentralheizung, Versicherungsprämien etc. monatliche Pauschalbeträge in gleichbleibender Höhe entrichtet werden.
5. Der vereinbarte Mietzins samt Betriebskosten ist im Voraus monatlich am jeweils Ersten des Monats zu zahlen.
6. Die Aufrechnung von Gegenforderungen gegen den Mietzins oder die Betriebskosten ist ausgeschlossen.
7. Der Mieter übergibt dem Vermieter zur Absicherung aller aus der zweck- und vereinbarungswidrigen Verwendung des Bestandobjektes resultierenden Schäden und Aufwendungen eine Kautions im Betrage von S 50.000,- (in Worten: Schilling fünfzigtausend); dieser Betrag ist dem Vermieter längstens bis zum 31. März 1991 zu bezahlen, ansonsten der Mietvertrag als rückwirkend aufgelöst gilt. Der Kautionsbetrag ist vom Vermieter fruchtbringend anzulegen und bei Auflösung bzw. Beendigung des Mietverhältnisses — vorbehaltlich der Abdeckung entstandener Schäden und Aufwendungen — ungeschmälert auszufolgen.

IV) INSTANDHALTUNG

Der Mieter bestätigt, den Mietgegenstand in gutem und brauchbarem Zustand übernommen zu

haben. In einverständlicher Abänderung der dem § 1096 ABGB entsprechenden Pflichten übernimmt der Mieter die Verpflichtung, den Mietgegenstand auf seine Kosten ohne Anspruch auf Ersatz jederzeit in gutem, brauchbarem Zustand zu erhalten und nach Beendigung der Mietzeit in gutem, brauchbarem Zustand zurückzustellen.

V) BENÜTZUNG

1. Bauliche Veränderungen innerhalb des Bestandgegenstandes oder an der Außenseite dürfen nur mit Bewilligung des Vermieters erfolgen. Die in diesem Zusammenhang erfolgten Investitionen, Einbauten und dergleichen gehen sofort unentgeltlich in das Eigentum des Vermieters über. Das gleiche gilt für Gas- und elektrische Leitungen; diese dürfen nur unter Verputz verlegt werden.
2. Der Mieter hat für die ordnungsgemäße Erhaltung der von ihm verlegten Gas-, Wasser- und Lichtleitungen auf seine Kosten zu sorgen.
3. Motorfahrzeuge jeglicher Art dürfen im Hause nirgends, weder innerhalb der gemieteten Räume noch im Stiegenhaus, in den Gängen, im Hof, Dachboden, noch sonst an irgendeinem Orte abgestellt werden.

VI) UNTERVERMIETUNG

1. Dem Mieter ist das Recht auf freie Untervermietung — jedoch nur an natürliche Personen — eingeräumt. Der mit den allfälligen Untermietern vereinbarte Mietzins darf den vom Mieter an den Vermieter zu bezahlenden Zins nicht

beträchtlich übersteigen.

2. In keinem Fall ist es dem Mieter gestattet, Rechte aus diesem Vertrag an dritte Personen zu übertragen.

VII) KÜNDIGUNGSGRÜNDE

Es wird vereinbart, daß folgende für den Vermieter wichtige und bedeutsame Tatsachen als Kündigungsgründe geltend gemacht werden können:

- Eigenbedarf des Vermieters;
- Gefährdung der Bausubstanz;
- Vereinbarungswidrige Benützung der nicht vermieteten Räumlichkeiten im "E.-K.-Haus".

VIII) KOSTEN UND GEBÜHREN

Die Kosten für der Errichtung dieses Vertrages trägt der Vermieter; die Kosten der Vergebüh- rung jedoch der Mieter. Für Zwecke der Gebüh- renbemessung wird festgestellt, daß der auf den Mietgegenstand entfallende Gesamtzins ein- schließlich Betriebskosten, öffentliche Abgaben

etc. für das gesamte Jahr S ... beträgt.

IX) VERLETZUNG ÜBER DIE HÄLF- TE DES WAHREN WERTES

Beide Teile verzichten ausdrücklich auf das Recht, diesen Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

X) BETRETEN DER MIETRÄUME DURCH DEN VERMIETER

1. Der Vermieter oder ein von ihm Beauftragter kann die Mieträume jederzeit aus triftigen Grün- den betreten, zB. um die Notwendigkeit von Re- paraturen festzustellen, zur Durchführung von Reparaturen, weiters im Falle des Hausverkaufs zur Besichtigung mit Kauflustigen und bei Kün- digung des Mietverhältnisses mit Mietlustigen. Ebenso hat der Vermieter oder sein Beauftrag- ter das Recht, die Mieträume in angemessenen Zei- tständen und nach vorheriger Ankündi-

gung zu besichtigen, um die Einhaltung der vom Mieter im Punkt V übernommenen Pflichten zu überwachen.

2. Wenn zur Durchführung von Reparaturen ei- ne zeitlich begrenzte Räumung des Mietgegen- standes oder von Teilen des Mietgegenstandes erforderlich ist, verpflichtet sich der Mieter zur Räumung für die jeweils unbedingt notwendige Dauer, ohne Anspruch auf Kostenersatz.

XI) SONSTIGES

1. Der Mieter verpflichtet sich, die im Einverneh- men zwischen Mieter und Vermieter erst auszu- arbeitende Hausordnung — die dann einen inte- grierten Bestandteil des Mietvertrages bildet — genau einzuhalten.

2. Neben diesem Vertrag bestehen keine sonsti- gen Abreden. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

Mietvertrag für den Keller

Die Punkte I, IV und V unterscheiden sich von demselben Punkt im Mietvertrag für den 3. Stock, Punkt X fällt weg; ansonsten gelten die gleichen Bedingungen.

I) MIETGEGENSTAND

2. Der Mietgegenstand besteht aus einem Thea- tersaal und den Nebenräumen gemäß Anla- ge./A und darf nur für kulturell-politische Zwecke, nicht aber für geschäftliche Zwecke ver- wendet werden; insbesondere darf er nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vermi- eters entgeltlich dritten Personen zum Gebrauch überlassen werden.

IV) INSTANDHALTUNG

1. Einvernehmlich wird festgehalten, daß sich das Mietobjekt in desolatem Zustand befindet und es zur Verwendung des Mietobjektes als

Aufführungs- und Veranstaltungsraum der be- hördlich genehmigten Instandsetzung bedarf.

2. Der Mieter verpflichtet sich, bis längstens 30. Juni 1991 einreichfähige Baupläne für die not- wendigen Bau- und Instandsetzungsarbeiten vorzulegen und sich vor der endgültigen Abfas- sung dieser Pläne mit dem Vermieter ins Einver- nehmen zu setzen. Der Vermieter verpflichtet sich, die zur Erreichung der Baubewilligung er- forderliche Unterschriften zu leisten. Der Mie- ter hat alle behördlichen Genehmigungen selbst einzuholen.

3. In einvernehmlicher Abänderung der dem § 1096 ABGB entsprechenden Pflichten über- nimmt der Mieter schon jetzt die Verpflichtung, den Mietgegenstand nach Instandsetzung auf seine Kosten ohne Anspruch auf Ersatz jederzeit in gutem, brauchbarem Zustand zu erhalten und nach Beendigung der Mietzeit in gutem, brauch-

barem Zustand zurückzustellen.

V) BENÜTZUNG

4. Vor der behördlich bewilligten Inbetriebnah- me des Bestandobjektes als Aufführungs- und Veranstaltungslokal ist es dem Mieter untersagt, öffentliche Konzerte, Lesungen oder sonstige Veranstaltungen abzuhalten; für alle aus einem vereinbarungswidrigen Gebrauch des Bestand- objektes dem Vermieter erwachsenden Schäden, Aufwendungen, Verwaltungsstrafen etc. Hat der Mieter den Vermieter schad- und klaglos zu hal- ten.

5. Festgehalten wird, daß das Bestandobjekt nach der Instandsetzung von den Vertragspartei- en gemeinsam genutzt wird. Die näheren Be- stimmungen über diese Nutzung enthält die ei- nen integrierten Bestandteil dieses Vertrages bildende Beilage ./B. ●

betrifft: Opernball '91

(TATblatt-Wien)

Einen eindrucksvollen Beweis ihrer neu- en Politik lieferte kürzlich die KPÖ. Vertre- terInnen der Partei, des KSV und der KJÖ trafen zusammen und beratschlagten das "kommunistische" Vorgehen im Zusam- menhang mit dem Opernball '91. Im Rah- men der Politik der Erneuerung, nach der es ja keinerlei Bevormundung anderer Gruppierungen durch die KPÖ oder ihre Teilorganisationen mehr geben soll, be- schloß mensch gleich einmal die Abhaltung einer Gegenveranstaltung. Diese soll mög- lichst weit weg von der Oper stattfinden und den Jugendlichen das bieten, was sie wirk- lich suchen: Echte Erlebnisse, vermittelt vom Ostbahnkurti, dessen Chefpattie und dem Schriftsteller Gerhard Ruiss.

Probleme gibt es wie üblich nur mehr mit der kommunistischen Jugend, die scheinbar die Politik der Erneuerung noch nicht rich- tig kapiert: Stumm vor Schreck ob der Tat- sache, daß KPÖ und Kommunistischer Stu- dentInnenverband die Arbeit der Polizei übernehmen wollen, verließ der Jugendver- treter die Sitzung und teilte per Telex der Welt mit, daß die KJÖ eine Demonstration zur Oper unterstützen würde. ●

Opernball angreifen?!

Am Mittwoch, dem 9.1.1991 gibt es ein offenes Treffen für all jene, die etwas gegen den Opernball (7.2.91) haben und auch etwas dagegen machen wollen.

Ort: TATblatt Büro
Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

Zeitpunkt: Mittwoch 9. Jänner '91
19 Uhr

Ideen und Power mitbringen!!!

Ein Dach überm Kopf ist besser, als ein Mietvertrag in der Hand

Auch allen, die den Artikel zu diesen Thema in der vorigen Nummer nicht gelesen haben, sei der diesmalige ans Herz gelegt. "Nicht zuständig" in dieser Sache sind schon zu viele. Und wieder einmal werden unsere Mitmenschen aus dem Ausland zum "Abfall der Gesellschaft" gemacht ...

(TATblatt-Wien)

Die Spaltung in "In-" und "AusländerInnen" zeigte sich sogar bei der Demonstration am 7. Dezember in Leobersdorf. Sage und schreibe 3 vorher nicht mit diesem Thema befaßte Personen waren gekommen, um Solidarität mit und Interesse am Kampf um's Wohnen — und damit Leben — der Betroffenen zu zeigen.

DIE DUNKLEN MACHENSCHAFTEN DER IBH

Das bisherige Leben im Haus Südbahnstraße 45-47 in Leobersdorf kann nur als menschenunwürdig bezeichnet werden. In den Wohnungen gab es samt und sonders keinen Strom und kein Wasser, die Bassena (Waschbecken) am Gang hatte entweder keinen Wasserhahn oder keinen Abfluß. Ein Gemeinschaftsklo muß für 7 Familien reichen. Der "Hausflur" im Erdgeschoß ist nur mit Grobputz angeworfen, von Ausmalen ganz zu schweigen. Die Ratten springen aus den Löchern im Fußboden. Alle halben Jahre müssen die Wohnungen neu austapeziert werden, denn dann sind die alten Tapeten bereits von den Wänden geschimmelt. — Doch selbst ein lückenhaftes Dach überm Kopf ist besser, als auf der Straße zu sitzen.

Und das alles zu einem stolzen Preis: Für eine Wohnung von ca 10m² ohne Wasser und Strom und darüberhinaus noch feucht, zahlte ein junger Türke öS 5.000.- Ablöse und öS 600.- Miete. Das entspricht einem m²-Preis von öS 60.- für eine Substandardwohnung der Kategorie D (der gesetzliche Höchstpreis: öS 6,50).



Schöne Aussichten ... genau jetzt schneit es beim Dach herein

Die Nachbarsfamilie mit 4 Kindern wohnt auf 14m² und zahlt 1.220.- öS Miete. Nein, nicht Miete — "Kaufraten". Denn mit Ausnahme von wenigen haben alle (noch) dort lebenden Familien "Kaufanbote" der Kottlingbrunner Firma IBH (Immobilien Bau- und Handelsges.m.b.H.) unterzeich-

net und zigtausend Schilling "Anzahlung" geleistet. Das heißt, sie sind "Anwärter auf eine Eigentumswohnung", eben dieser Wohnung, in der sie jetzt leben. Das hat noch dazu den Vorteil, daß die BewohnerInnen nicht unter Mietrechtsgesetz fallen. Eine Eintragung ins Grundbuch erfolgte übrigens nie.

Bei den anderen MieterInnen taucht IBH-Prokurist Norbert AUSTERER alle paar Jahre einmal auf, um neue "Kaufanbote" vorzulegen und neuerlich 30.000 oder 40.000 öS zu kassieren. Andere haben Mietverträge auf Zeit (meist 1 Jahr) und mußten bei Verlängerung immer wieder "Einmalzahlungen" leisten.

KEIN EINZELFALL

Die Situation der MieterInnen dieser Löcher ist eng mit einem Namen verbunden: Franz HOFFER, Chef der IBH und der FHG (Franz Hoffer GesmbH), die sich mit der Planung von diversen Bauprojekten befaßt. Nicht nur in Leobersdorf, auch in Kottlingbrunn, Lichtenwörth und Gramatneusiedel kauften sie alte ArbeiterInnenhäuser auf. Mit dem Versprechen, Startwohnungen zu bauen und zu sanieren, entlockten sie Bund und Land Fördergelder. Saniert wurde — de facto — nie. Im Gegenteil: In der Leobersdorfer Arbeitergasse wurde bei einem Haus im regnerischen Sommer 1984 das Dach abgedeckt — die darunterliegenden Wohnungen schwammen (Bei einer ähnlichen Situation in einem IBH-Haus in Kottlingbrunn wickelten sich die Leute zum Schlafen in Plastiksäcke ein).

Ein anderes wurde offensichtlich aufgestockt — ein Anschluß der Dachrinnen erfolgte bisher (innerhalb von 6 Jahren) nicht: bei starkem Regen stürzt das Wasser 30-40 m in die Tiefe. Das dritte Haus zeigt sich wunderschön: neue Fenster, neu verputzt



Innenansicht des "sanierten" Hauses in der Arbeitergasse

haus sind seit 6 Jahren die Wände aufgestemmt, die Schläuche für die E-Leitungen hängen heraus, die elektrischen Anschlüsse sind irgendwie provisorisch (wahrscheinlich von den MieterInnen selbst) freiliegend wieder hergestellt. Ein billiger PVC-Belag "ziert" den Stiegenaufgang zum obersten Stockwerk. Beim Ansuchen um Fördermittel mit einer einigermaßen hohen Summe beanschlagt, löst sich der "1A-Qualitätsbelag" bereits jetzt ab, zeigt Risse und hängt in Fetzen herunter. Verrechnet wurde ein Vielfaches dessen, was die Alibisanierung tatsächlich kostete. Bis Land und Bund die Mittel sperrten und eine Klage wegen "fahrlässiger und betrügerischer Krida" eingebracht war, war Franz Hoffer längst "unbekanntes Ort" verzogen.

MIETENBOYKOTT UND SEINE FOLGEN

1987 wurden die Häuser der IBH von einer Kommission begangen. Fazit: Lebensgefährliche Zustände, Auflagen werden erteilt. Geschehen tut nichts. Der amtierende Bürgermeister Gobec spricht davon, das Haus Südbahnstraße 45-47 zu sperren.

Im Oktober 87 schließen sich 33 MieterInnen zu einem — gesetzlich gedeckten — Mietenboykott zusammen: bis die Mißstände beseitigt sind, soll nur ein Teil des Zinses bezahlt werden. Die Reaktion der IBH: Es

ergehen "Mahnungen", die auch als Drohbriefe bezeichnet werden können, an alle Parteien, Klagen werden angedroht und tatsächlich eingereicht — zur Abschreckung. Viele MieterInnen fallen um, aus Angst, die Wohnung zu verlieren und obendrein noch Strafen zahlen zu müssen.

NEUE HAUSBESITZER

Im April 1990 werden 2 Häuser der IBH versteigert. Die neue Eigentümerin der Südbahnstraße 45-47, die Leobersdorfer "Gesellschaft für Wassertechnik" (gwt) läßt bald von sich hören: Jene MieterInnen, die Kaufangebote unterzeichnet hätten, hätten die Wohnungen bis 31. August zu räumen. Das Haus soll einem Betriebsobjekt Platz machen. Einer Familie hat man eine Ersatzwohnung in Baden angeboten: öS 80.000.- Ablöse, Miete ca 3mal so hoch wie jetzt.

Die meisten suchen schon seit Jahren eine neue Wohnung, denn die Zustände, in denen sie jetzt hausen, sind für sie kaum erträglich. Doch bei den Realitätenbüros und auf Gemeindeämtern bekommen sie nur Meldungen, wie "geh'ham" oder "Du bist a Tschusch, du foa ham" zu hören. Im besten Fall wird mit akutem Wohnungsmangel argumentiert.

... UM KEIN HAAR BESSER

Der Druck auf die BewohnerInnen wird immer stärker: Bei der Bestätigung des Quartiergebers für die regelmäßig einzureichenden Visaanträge schreibt die Hausverwaltung, das Badner Immobilienbüro Juraj, die jeweilige Wohnung sei abbruchgefährdet und daher nicht gesichert. Ohne Wohnung kein Visum, kein Arbeitsplatz, kein Österreich.

Offensichtlich wird versucht, die MieterInnen mit allen Mitteln zum "freiwilligen" Abziehen (doch wohin?) zu bewegen. Eine Frau, die seit 19 Jahren im Haus wohnt, wurde bei der Gemeinde ohne ihr Wissen abgemeldet. Eine neuerliche Anmeldung ist nicht möglich.

Die gwt ließ vor 2 Tagen einen Bagger anrollen und wollte den zum Haus gehörigen Schuppen abreißen — ein Wahnsinn, angesichts der Tatsache, daß die BewohnerInnen ihre Brennstoffe dort gelagert haben und in den Wohnungen absolut kein Platz dazu wäre. Vorerst könnte der Abriss jedoch durch Interventionen verhindert werden.

Der Hof wurde "aus Sicherheitsgründen" gesperrt, jetzt spielen die Kinder auf der Straße.

Der Dachboden wurde geräumt, den MieterInnen sagte man, das Dach müsse weg.

Ein Aktivist befürchtet eine "Salamitaktik": Das sukzessive Sperren der Wohnun-

gen, die im schlechtesten Zustand sind. Rechtlich ist das möglich, denn es herrscht "Gefahr im Verzug" — Lebensgefahr. Diese schrittweise Räumung hätte den "Vorteil" einer wesentlich geringeren Öffentlichkeitswirksamkeit und eine mögliche Entsolidarisierung durch räumliche Trennung.



Ein offensichtlicher Gegensatz Hausbesitzerin (im Vordergrund) und vermietetes Objekt

WAS TUN?

Das Haus zu sanieren, ist anscheinend unmöglich: Die Bausubstanz ist inzwischen zu schlecht dazu. Es müssen alternative Wohnräume gefunden werden, die sich die Menschen leisten können. "Alle wären bereit, 3000.- für die Miete zu zahlen. Aber wir bekommen keine Wohnungen!" sagt mir eine Bewohnerin. Der Mann fragt: "Wie ist das in Wien, ist es da besser?" Und auf die Verneinung fragt er: "Was sollen wir tun, müssen wir zurück in die Türkei fahren?"

Der 9-jährige Sohn, der während unseres Gesprächs von der Schule heimkommt, fragt die Eltern: "Was wollen die da, haben die eine Wohnung für uns? Was machen die sonst da?" ●

Menschen sind zum KREPIEREN da

(Tatblatt-Innsbruck)

In der Nacht vom 29./30. November ist am Innsbrucker Bahnhof unter einer Laderrampe ein wohnungsloser Mensch als erster in diesem Winter, wahrscheinlich an den "Folgen der Kälte", krepierend (wahrscheinlich deswegen, weil laut bödenständiger Tiroler Tageszeitung erst eine Obduktion erfolgen muß, um die tatsächliche Todesursache festzustellen). Wahr ist jedoch ganz sicher, daß in Innsbruck (und auch andernorts) noch weiteren hunderten Menschen der selbe "Unfall" droht. Der Begriff rührt daher, daß einer der Hauptverantwortlichen, Stadtrat Sprenger, im Fall des "Krepierten" von einem Unfall spricht, so wie "es Menschen gibt, die in den Bergen (beim Wandern oder Klettern) den Tod finden" ("Tirol Heute" vom 4.12.90).

Sprenger hat dabei allerdings übersehen, daß "Wohnen" keine Freizeitgestaltung, sondern eine Grundvoraussetzung der menschlichen Existenz ist.

Wohnen ist ein Privileg derer, die den dafür notwendigen sozio-ökonomischen Voraussetzungen entsprechen, sprich, wer einen Job hat, wer Kohle

hat... (die Qualität des Wohnens derer, die eine Wohnung haben, soll an dieser Stelle nicht näher hinterfragt werden, andernfalls müßte man/frau zum Schluß kommen, daß die Berge, auf denen wir wandern - oder auch nicht - viele große Scheißhaufen sind).

Es ist im Kapitalismus systemimmanent, daß Teile der Gesellschaft die Abfallprodukte desselben darstellen. "Soziale Not", "Armut" wird genauso wie Herrschaft, Macht, Patriarchat, ... im wahrsten Sinne des Wortes produziert. Die ökonomisch/politische Realität sieht es geradezu vor, daß ein Teil der Gesellschaft an ihr "scheitert", sich nicht "integrieren" läßt.

Ohne "asozialen Elemente" gibt es keine "sozialen Elemente". Reichtum basiert auf Armut — und dies sowohl auf materialistischer Ebene (siehe Ausbeutung der "3. und 4. Welt"; Subsistenzprinzipien hier und vor allem in der oben genannten Welt; bis hin zur Ausbeutung im engeren Sinn — Karl M. und sein Mehrwert lassen grüßen), als auch auf "mikro-sinnlicher" Ebene (es ist der Status ... den man/frau erreichen muß, um auf andere "hinabschlagen" zu können; warum existiert so wenig "Bewußtsein" über die eigene Abhängigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung ...? Gesellschaftspolitische Aufklärung (-bewußt machen) ist u.a. deswegen so schwer, da die eigene Identität



Stadtrat Sprenger mit der ältesten Innsbruckerin. (Foto: Muraier)

und Existenz durch das Wissen um die Abhängigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung ... massiv gefährdet ist.

Es geht keineswegs um irgendwelche moralischen Rülpsen, wenn die systemimmanente Sinnhaftigkeit der krepierenden Menschen hinterfragt wird. Sondern, Herr Sprenger, es hat Sinn und läßt sich tatsächlich verdammt gut verantworten, wenn man/frau so politisch denkt und agiert wie sie.

- wo gehobelt wird, fallen Späne
- wo ausgebeutet, unterdrückt, überwacht,... wird — krepieren Menschen !!! ●

Die Wächter der Republik...

(TATblatt Wien)

Die Idee eines Gerichtshofs, der die Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns überprüfen sollte, tauchte in Österreich erstmals im 'Kremsierer Entwurf' 1848 auf. Dieser 'liberale' Verfassungsentwurf (liberaler als die jetzt gültige Verfassung war der Entwurf noch allemal) war geprägt von der Idee, den Monarchen und seine Regierung einer Kontrollinstanz zu unterwerfen. Der Kremsierer Entwurf wurde nie in Kraft gesetzt. Stattdessen kam die sog. Oktroyierte Märzverfassung 1849, die eine Prüfungsinstanz bei Streitigkeiten zwischen Reich und Ländern, das "Oberste Reichsgericht", vorsah. Aber weder das erst 1867, nach Ende des Neoabsolutismus tatsächlich eingesetzte Oberste Reichsgericht noch der als Prüfungsinstanz für die Minister vorgesehene Staatsgerichtshof brachte der Bevölkerung die Möglichkeit, staatliches Unrecht zu bekämpfen (das kann eben nur die Revolution bieten d.T.).

Der heutige Verfassungsgerichtshof wurde 1919 geschaffen. Ursprüngliches Anliegen der "Staatsgründer" war es, die nach Zusammenbruch der Monarchie verschiedenen Herrschaftsformen und Verwaltungssysteme innerhalb der neuen Republik einer einigenden Verfassung zu unterstellen und mittels des Gerichts die Durchsetzung selbiger sicherzustellen. Letztlich war der VfGH nichts anderes als ein Feigenblatt für die neue Republik. Er

sollte einerseits dem ganzen Spektakel den Anschein von Rechtmäßigkeit geben und andererseits denn Fortbestand der in der Monarchie entstandenen und in die bürgerliche Demokratie hinübergeretteten Eigentumsstrukturen und Machtverhältnisse sichern.

Außerdem übernahm der VfGH einiges aus dem ehemaligen Rollenrepertoire der konstitutionellen Krone: Als scheinbarer Garant der Stabilität, Kontinuität und Legitimität des neuen Staates wurde er anstelle des vertriebenen Monarchen zum kollegialen, entpersonalisierten, anonymen und "schein"-demokratisierten Wächter und Mehrer von Herrschaft, Verfassung und Gesetz. Seine Mitglieder wurden jeweils (in etwa) zur Hälfte von Bundes- und Nationalrat bestellt, in denen sich letztlich die Großparteien die Besetzung des Gerichtshofes auspackeln konnten.

Dies funktionierte solange, als keinerlei nennenswerte Konflikte die Parteien spaltete. Im Zuge der Verfassungsänderung 1929 (u.a. eine Folge der verstärkten Kämpfe zwischen ArbeiterInnen und Austrofaschisten) wurde das Ernennungsrecht dem Bundespräsidenten übertragen, das Vorschlagsrecht der Bundesregierung und dem Nationalrat.

Wer bewacht die Wächter?

Wie vieles andere wurde 1918 auch das

Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) in den Rechtssalat der ersten Republik übernommen. Ursprünglich als Mittel zur Linderung der Not im militärischen Hinterland gedacht (mittels des KWEG wurden Nahrungsmitteltransporte von Spekulanten enteignet) benutzten es die Austrofaschisten 1933 als Mittel der "Rechtszeugung". KWEG-Verordnungen (etwa das Verbot des Schutzbundes) wurden ohne Parlament, welches Mitte März 1933 von der Kriminalpolizei am Zusammentreten gehindert worden war, erlassen. Die einzige nach dem kalten Putsch im März 1933 noch funktionierende sozialdemokratisch verwaltete Institution, die Gemeinde Wien, legte gegen eine Reihe von KWEG-Verordnungen Beschwerde beim VfGH ein. Um der Aufhebung der bekämpften Verordnungen zuvorzukommen wurde per KWEG-Verordnung die Bestimmungen für den Zusammentritt des VfGH so verschärft, daß der Rücktritt von nur vier austrofaschistischen Verfassungshütern ausreichte, um den "Wächter der Republik" lahmzulegen. Diesen vier aber die Schuld am "Untergang der Republik" allein in die Schuhe zu schieben, wäre unfair. Angesichts der Machtverhältnisse verzichteten die verbliebenen Richter auf eine Überprüfung der KWEG-Verordnungen.

Die Wächter funktionieren also nur so lange, es den Herrschenden paßt.....●

mitgefangen — mitgehungen ... oder nicht?

Die rechtlichen Konsequenzen der HOSI-Beschwerde am Verfassungsgerichtshof

(TATblatt Wien)

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) tritt aus dem Schatten der Politik, greift mit seinen Grundsatzbeschlüssen zusehends tiefer in den Alltag der ÖsterreicherInnen ein. Dabei erstaunt die Schere in der Spruchspraxis: Während das Eigentum und seine Unverletzlichkeit betreffende Erkenntnisse immer 'grundrechtsbezogener' formuliert werden (etwa als die Ladenschlußregelungen aufgehoben wurden), orientieren sich die 'Wächter der Republik' bezüglich Menschenrechtsfragen noch immer und vor allem immer zynischer an 'Verwaltungsnotwendigkeiten'. Solcherart werden in Österreich neue Verfassungsprinzipien geschaffen. Die Benachteiligung der Frauen ganz generell und der Lesben und Schwulen ist ein solches!

Am 24. November 1988 wurde das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Platz vor der Wiener Albertina enthüllt. Nachdem um die Errichtung des Mahnmals zuvor ein monatelanger, von der ÖVP und den meisten Zeitungen initiiertes 'Kulturkampf' geführt wurde, entwickelte sich die Enthüllungsfeier zu einer Kundgebung völlig unreflektierter Solidarität der 'liberalen Öffentlichkeit' mit Bürgermeister Zilk, der "schließlich das Mahnmal gegen alle Widerstände durchgesetzt" haben soll.

Nun, man hat ja von nichts gewußt; vor allem nicht von jenen Gerüchten, die die Aufgabe des ÖVP-Widerstandes gegen die Mahnmal-Errichtung mit der Räumung der besetzten Häuser in

der Ägidigasse in Zusammenhang gebracht hatten und schon kurz nach der Räumung aufgetaucht waren (1). Alles, was puncto 'Antifaschismus' Rang und Namen hatte, war am Albertinaplatz anwesend.....

Anwesend waren aber auch ehemalige BewohnerInnen der Ägidi/Spalo und Lesben und Schwule der "Homosexuellen Initiative" (HOSI).

Erstere hatten mittels einer Straßenwaschaktion auf die faschistische Kontinuität der zweiten Republik (Transparentaufschrift: "Der Führer ging, die Arisierer blieben") und auf die Plünderung und Zerstörung ihrer gesamten Habe durch 'Altwarenhändler', Polizisten und andere nach der Häuserräumung hinweisen wollen. Die Straßenwaschaktion wurde 'polizeilich unterbunden', heißt also, die AktivistInnen wurden erneut von der Polizei geprügelt und festgenommen.

Die Aktion der HOSI war weniger spektakulär. Die Lesben und Schwulen entrollten schlicht ein Transparent mit der Aufschrift "1000e homosexuelle KZ-Opfer warten auf Rehabilitierung". 15 Minuten etwa konnten die AktivistInnen mit ihrem Transparent unbehelligt stehen, bis sie von zwei Polizisten aufgefordert wurden, selbiges zu entfernen. Als Begründung wurde auf eine Weisung von oben verwiesen. Also begab mensch sich auf die Suche nach dem Einsatzleiter.

Dieser entpuppte sich quasi als Held des antifaschistischen Abwehrkampfes — allerdings im wortwörtlichen Sinn.

Obstl. Neugeborn war nicht nur an diesem Tag Einsatzleiter. Unter seiner Führung ermöglichte die Polizei im Februar 1990 Faschisten aus dem Lokal 'Insel' heraus den Angriff auf die Demonstration gegen den Opernball, und am 20. April dieses Jahres einen Angriff auf eine antifaschistische Demonstration, bei der ein Antifaschist durch einen Messerstich verletzt wurde. Schließlich leitete Neugeborn neben einer Vielzahl anderer gewalttätiger Angriffe auf Demonstrationen auch die Einkesselung der Antifa-Demonstration am 5. Oktober dieses Jahres (das alles aber wirklich schon zum hundertsten Mal, jetzt).

Dieser Mann wurde also gesucht und nicht gefunden. Dafür fand er sich selbst — und zwar weitere 15 Minuten später — am Ort des Geschehens ein und leitete — dazu ist er ja da — einen Polizeieinsatz: 20-30 Polizeibeamte eroberten unter lautstarken Protesten der Umstehenden das Transparent. In der Folge das übliche: Polizisten schimpfen, Neugeborn schiebt zynische Meldungen.

Eine Besonderheit ist noch erwähnenswert: Unter den Menschen von der HOSI befand sich Alfred G. Ihm "ist derartiges nicht zum ersten Mal passiert. In den dreissiger Jahren erlitt die Standarte der jüdischen Jugendgruppe Blauweiß in Konstanz ein ähnliches Schicksal. Damals johlten die Umstehenden 'Juda verrecke'" (aus der VfGH-Beschwerde der HOSI).

Beschwerde

Die HOSI brachte also eine Beschwerde beim VfGH ein. Ihrer Ansicht nach habe der polizeiliche Transparent-Raub gegen den Art.10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen, der das Recht auf freie Meinungsäußerung festschreibt. Dieses Recht sei, so die BeschwerdeführerInnen, laut geltender Judikatur nur insoweit eingeschränkt, als diese Einschränkungen **„vom Gesetz vorsehen“** und **„in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“** seien. Im konkreten Fall wird das Entrollen des HOSI-Transparenten mit der Anbringung von 'Immer wieder Österreich'-Parolen während eines Fußballspiels verglichen, also als Akt der Zustimmung zum übrigen Geschehen bezeichnet. Belegt wird dieser Vergleich mit der Tatsache, **„daß nicht nur niemand an diesem Transparent Anstoß genommen hat, sondern das Einschreiten der (...) Behörde entschieden verurteilt wurde“**.

Die Polizei erklärte hingegen, sie sei gegen eine nicht genehmigte Demonstration in der Kundgebung eingeschritten, da sie ja genehmigte Veranstaltungen (in diesem Fall die der Stadt Wien) vor Störungen schützen muß.

Die Qualifikation der 10 HOSI-Menschen und ihres Transparentes als 'Demonstration' ist aber schon deshalb absurd, weil der VfGH in einem anderen Fall 'erkannt' hat, daß 19 Informations-tische und 40 bis 60 Personen, die mittels Flugblättern, Büchern, Unterschriftenlisten, Spruchtafeln und eben auch Transparenten über ihre Anliegen informieren wollen, nicht als Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes zu werten seien, da der Veranstaltung der 'manifestative Charakter' gefehlt haben soll (da ging es darum, politische Infotische zu verunmöglichen). Also kann doch in diesem Fall, in dem nicht einmal Flugis verteilt oder Parolen gerufen wurden, noch viel weniger von einer eigenständigen Versammlung gesprochen werden. Letztlich stellen (sich) die BeschwerdeführerInnen die Frage, wo sie überhaupt das Recht hätten, auf die homosexuellen Opfer des Faschismus hinweisen, wenn nicht auf einer derartigen 'antifaschistischen' Veranstaltung.

Die Wächter schlagen zurück....

Der Verfassungsgerichtshof hatte nun zu prüfen, ob die Abnahme des Transparentes durch die Polizei durch ein Gesetz gedeckt sei, ob eine eventuelle Rechtsgrundlage mit dem Art.10 EMRK vereinbar sei oder ob während der Amtshandlung nicht überhaupt bestehende Rechtsnormen 'denkumöglich' angewandt wurden. Mitte Oktober liegt das Ergebnis vor: Der VfGH hat erkannt, daß die BeschwerdeführerInnen **„weder in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht noch wegen Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm in ihren Rechten verletzt worden“** waren.

Und dazu wird — himmelschreiend — ausgeführt:

● Das Wegnehmen eines Transparentes greife zwar tatsächlich in das verfassungsgesetzliche Recht auf Meinungsfreiheit ein, dieser Eingriff muß aber nicht automatisch rechtswidrig sein. Denn der 2.Absatz des Art.10 MRK läßt durchaus die Beschränkung der Meinungsfreiheit im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Ordnung zu. Außerdem weise auch die MRK daraufhin, daß die Meinungsfreiheit eines Menschen durchaus mit den Freiheiten anderer kollidieren kann. So könne **„etwa das Recht auf ungehinderte Kundgabe der Meinung gegen das Recht auf ungestörte Durchführung einer Versammlung stehen“**.

Kurz gesagt: Eingriffe in das Recht auf Meinungsfreiheit sind möglich. Verfassungswidrig sind sie nur dann, wenn sie ohne gesetzliche

Grundlage oder in offensichtlich falscher Auslegung eines bestehenden Gesetzes gesetzt wurde.

● Im konkreten Fall zimmerten die Richter der Polizei eine Rechtsgrundlage zurecht. Die Polizei, behaupten sie, habe nicht nur eingreifen dürfen, sondern dieses vielmehr müssen.

Die gängige Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) stelle nämlich fest, daß das Recht, sich friedlich zu versammeln (Art.11 MRK) nicht nur das Recht beinhalte, dies ohne Störung seitens des Staates zu tun, sondern den Staat auch verpflichtet, Versammlungen vor Störungen durch andere zu schützen. Ansonsten wäre das Recht auf Versammlungsfreiheit **„entweder faktisch überhaupt wirkungslos, oder aber die Versammlungsteilnehmer müßten ihr Recht durch Selbsthilfe durchsetzen. Die Annahme aber, die Bundesverfassung verhalte vom Grundsatz her der einzelnen zur Selbsthilfe (...) ist mit der Friedens- und Ordnungsfunktion des Staates schlechterdings unvereinbar.“**

Soweit wäre mensch — gutwilligerweise — angesichts der ständigen Nazi-Überfälle auf Demonstrationen durchaus bereit, zu folgen.....

...aber jetzt wirts windig!

Die Verfassungsrichter meinen nämlich, daß die Polizei **„vertretbarerweise annehmen“** konnte, daß Menschen von der HOSI **„den vom Veranstalter vorgegeben Charakter des Festaktes ändern wollten und das daher deren Verhalten unter den gegebenen Umständen bereits als Störung (...) zu werten sei.“** Es wäre im Sinn des Veranstalters gelegen, die Enthüllung des Mahnmals besonders würdig zu begehen. Und dieser hatte lediglich Festreden, aber keine Diskussion vorgesehen, in welcher kontroversielles hätte vorgebracht werden können. In dieser Situation, in der vom Veranstalter eben nur blinde Zustimmung zum geplanten Verlauf der Feier vorgesehen gewesen sei, vermittelten die Menschen der HOSI **„objektiv (...) den Eindruck, einen Festakt in eine Demonstrationsveranstaltung umzufunktionieren, in dem sie an die Öffentlichkeit den Appel richteten, ihre Anliegen zu unterstützen, ein Appell, der vom stillen Vorwurf begleitet war, der Veranstalter setze sich für diese Gruppe nicht (ausreichend) ein. Die Polizeibeamten konnten vertretbarerweise annehmen....“**

mitgefangen — mitgehangen.....

„Die Beamten konnten weiters denkumöglich annehmen, daß sich die übrigen Teilnehmer mit Unmutsäußerungen vorerst zurückhielten, um den Festakt nicht (noch mehr) zu stören. Diese Annahme war schon deshalb naheliegend, weil ein Zusammenhang mit den Teilnehmern einer anderen Demonstration vermutet werden konnte, die kurz vor Beginn des Festaktes aufgrund der (vertretbaren) Prognose, diese Personen würden den Festakt stören, behördlich aufgelöst worden war“ (gemeint ist die Straßenwaschaktion).

Den HOSI-Menschen wird also vorgeworfen, sich nicht ausdrücklich genug von den Ägidis distanziert zu haben, sodaß **„es für die Polizeibeamten naheliegend war, einen Zusammenhang zwischen den beiden Gruppen anzunehmen“**, obwohl zwischen ihnen **„objektiv keine Verbindung bestand“**. Und das schließlich **„die Aktion doch ganz offenkundig darauf abzielte, Beachtung für das Anliegen der Homosexuellen-Gruppe zu finden“**, muß es ja ein Aufsehen wegen des Transparentes gegeben haben. Somit könne die HOSI-Aktion als Störung der öffentlichen Ordnung und als Verstoß gegen Art.IX Abs.1.Z1 EGVG betrachtet werden, womit der Polizeiaktion eine Rechtsgrundlage ge-

geben worden wäre.

Ob die Rechtsgrundlage auch wirklich richtig angewandt wurde, muß nun der Verwaltungsgerichtshof prüfen. Realistischerweise darf mensch sich von diesem nichts erwarten. Dieses Urteil hat der VfGH praktisch gleich mitgeliefert (2).

Wer Antifaschist ist, bestimme ich....(leicht abgewandelte Bürgermeisterweisheit des ausgehenden 19.Jhdts)

Im ersten Augenblick könnte mensch ja fast lachen über dieses Lehrbeispiel bürgerlicher Klassenjustiz (3). Gerade zu haarsträubend offensichtlich sind die verschiedenen Auslegungen des Wortes 'Versammlung', derer sich der VfGH bedient:

● Um Infostände zu kriminalisieren, wird ihnen der 'manifestative Charakter' abgesprochen, da können noch so viele Flugzettel, Transparente usw. im Spiel sein.

● Will aber die Stadt Wien eine Propagandashow abziehen, werden 10 Menschen, die (ohne böse Absicht) ein Transparent mit einer nicht erwarteten Aufschrift ohne Flugblattverteiler oder Parolenrufen entrollen von der Polizei zu 'manifestativen Meinungsäußerungen' und 'Störung der öffentlichen Ordnung' erklärt.

Selten finden sich auch so plumpe juristische Versuche, dem Staat und seinen Organen die Definition politischer Inhalte zu übertragen:

● Wer Opfer des Faschismus ist, bestimmt der Staat. Lesben und Schwule oder Sinti und Roma gehören nicht dazu. Gehörten sie nämlich dazu, müßte auch eingestanden werden, daß sie auch heute noch und hier in Österreich unter Verfolgung und Diskriminierung leiden ('Schutzalter' und 'Werbeverbot' für Schwule, Fremden-gesetzgebung, Asylpraxis,...).

● Das Gleiche gilt für die 'Gesellschaftsfähigkeit' von 'Minderheiten'. Lesben und Schwule dürfen zwar zur Veranstaltung kommen, aber nicht als Lesben und Schwule erkenntlich sein, weil der Veranstalter im offenen Auftreten einen **„stillen Vorwurf“** erblicken könnte.

● Die Vorzensur für politische Inhalte wird (wieder) eingeführt. Ein Transparent mit der Aufschrift 'Nie wieder Faschismus' wäre ja im Sinne der Veranstaltung gewesen, der verwendete Spruch jedoch nicht. Das erinnert doch schon ein wenig an die öffentliche Bekanntmachung der 'Parolenvorschläge der Bezirksparteileitung für den Maiaufmarsch' in der nunmehr bundesdeutsch besetzten DDR (4).

Erwähnenswert ist auch der Umgang mit dem Selbstverteidigungsrecht:

● Den Angriffen faschistischer Gruppen auf linke Demonstrationen sieht die Polizei untätig zu, wenn sie die Faschisten nicht gerade offen unterstützt. Personen, die sich aus Angst vor den Faschos bewaffnen, werden kriminalisiert.

● Auf der anderen Seite wird die Schutzpflicht des Staates rigoros durchgesetzt, wenn sich damit die Ausschaltung oder Kriminalisierung von linken oder anderen unerwünschten Gruppierungen erreichen läßt.

Deutlicher gehts ja wohl nicht mehr, oder?

Dieses Urteil hat aber auch Folgen, und zwar sehr weitreichende:

Seit Anfang November üben Spezialeinheiten der Wiener Polizei im Hinblick auf den Opernball das 'Ergreifen von Gewalttätern'. Sie sollen während Demonstrationen gezielt gegen 'Störergruppen' vorgehen und friedliche DemonstrantInnen dabei unbehelligt lassen. Das VfGH-Urteil gebe der Polizei die Möglichkeit einzugreifen, wenn genehmigte Veranstaltungen durch andere — nicht genehmigte oder gar gesetzwidrige — Manifestationen unterwandert werde, freute sich der zuständige Polizeijurist am

2. Dezember sinngemäß gegenüber der Volksstimme!

Die Polizei kann damit — und das ist die gewichtigste Folge dieses Urteils — jeden ihr nicht-genehmen Teil einer politischen Veranstaltung zur Störung erklären und ihre Truppen in Bewegung setzen.

Es klingt fast zu einfach: Bisher wurden oft 'unverdächtige' Gruppierungen wie etwa die Grünen gebeten, Veranstaltungen anzumelden, um so einem drohenden Verbot zu entgehen (z.B. Straßenfest während der Rotstiltchen Räumung). Das VfGH-Urteil verunmöglicht nun auch diesen letzten Rest an Prävention vor Polizeiterrort. Denn allzu einfach kann die Polizei Gruppen verummter DemonstrantInnen oder Menschen mit revolutionären Forderungen zum Unterwanderungsversuch erklären und wäre so geradezu 'verpflichtet', die Demonstration anzugreifen.

Das Spaltungsinstrument, mit dem Polizeipräsident Bögl dieses Jahr nach der Opernballde-monstration alle Welt zu belügen versuchte (zwei Demonstrationen; eine friedlich, die andere aber....), wurde verrechtlicht und zum Stolperstein für die unhomogene und unerfahrene Linke ausgebaut. Die Anmeldung einer Demonstration ohne Rücksprache mit anderen, radikalen, Gruppierungen, wie es von KP-, SP- und grünen Organisationen oft praktiziert wird, mutiert automatisch zum Angriffsvorwand für die Polizei. Ohne sich dagegen wehren zu können werden AnmelderInnen öffentlich zum Opfer der Radikalinskis erklärt, die von der Polizei geschützt werden müssen oder mußten.

Gleichzeitig wird aber auch die Reizschwelle für o.g. Organisationen deutlich nach oben versetzt: Wer mit radikalen Gruppierungen demonstriert, muß eben damit rechnen, daß die Polizei keinen Unterschied mehr macht zwischen SJ'lerInnen und Autonomen. Denn alle Übung wird die einzelnen Polizisten nicht befähigen, über 'friedliche' DemonstrantInnen hinweg fliegen und nur die 'UnterwanderInnen' angreifen zu können. Bisherigen Erfahrungen zufolge sehen die Sonderkommandos ihre Aufgabe auch nicht darin, 'TäterInnen' zu schnappen (was ohnehin verwerflich genug wäre), sondern vielmehr in der systematischen Verbreitung von Panik. Erst die Panik läßt die DemonstrantInnen auseinanderlaufen und bietet der Polizei die Möglichkeit, die langsamsten LäuferInnen festzunehmen (5).

Mögliche Lösungsansätze:

Die bisherige Demonstrations- und Anmeldepraxis wird sich auf die neue Rechtssituation einzustellen haben. Demonstrationsanmeldungen einzelner Gruppen sind nur dann sinnvoll, wenn sicher gestellt ist, daß sich die politischen Verantwortlichen der betreffenden Gruppe nachher nicht von den DemonstrantInnen distanzieren (6). Wie das gehen soll, ist mir zumindest nicht ganz klar. Angesichts des bevorstehenden 'Balls der Bälle' am 7. Februar kommenden Jahres könnten folgende 'Vorschläge' Ausgangspunkte von Diskussionen sein:

- Kollektive Anmeldung von Demonstrationen, an der VertreterInnen ALLER beteiligten Gruppierungen teilnehmen. Klarerweise keine Gespräche mit der Polizei, da sie nur eine Spaltung der DemonstrantInnen zum Ziel haben (können). Etablierung kollektiver Strukturen für Demonstrationsleitung und Öffentlichkeitsarbeit. Dieses 'Konzept' ist 1988 an der Politik der KP und der Grünen gescheitert. Es gibt eigentlich keinen Grund zur Annahme, daß ein solches Vorgehen heute nicht scheitern würde.

- Wir übertragen die Anmeldung dem/der absolut vertrauenswürdigen Genossen/Genossin M. Novak und signalisieren damit, daß wir zwar keinen Wickel mit der Kibarei, aber auch keine Spaltung wollen.

- Wir verzichten auf jegliche Formalität und nutzen die durch den Wegfall der nervigen Diskussionen über Recht, Staat und Rechtsstaat gesparten Energien für eine phantasievolle, dezentrale Mobilisierung. Das müßte doch auch KP- und Grün-nahen Gruppen einleuchten.

Verrechtlichter Spaltungsversuch: erste Erfolge...

Der Spaltungstaktik der Höchststrichter voll auf den Leim gegangen ist aber bereits die HOSI. In ihrer Presseaussendung entgegnet sie in aller Kürze die ihr wesentlich erscheinenden Punkte des Urteils. Auf Seite 2 unter Punkt drei kritisiert sie die Vermischung Straßenwaschaktion mit der ihren mit folgenden Worten: "...dies ist ausgesprochen an den Haaren herbeigezogen. Oder hält der VfGH die Polizeibeamten für Volltrottel, die nicht zwischen verummten Punks aus der autonomen Hausbesetzerszene (nicht einmal die Mühe des großen I machten sie sich; Anm. Tipper) und harmlosen Lesben und Schwulen unterscheiden können?"

Ganz abgesehen von der Feststellung, daß der VfGH seine Beamten ganz gut zu kennen scheint (hihi), bleibt noch 'was zu sagen: DANKE FÜR DIE BLUMEN !!!

Gudrun H., eine der BeschwerdeführerInnen vor dem VfGH, distanziert sich, auf die zitierte Stelle angesprochen, unzweifelhaft von der Presseaussendung: "Es gibt zwei Linien in der HOSI. Ich gehöre nicht der an, die das vertritt."

Sie versucht aber (ohne Werbung für Verständnis) zu erklären, worin die Ursache dieser Formulierung liegt: "Die Richter haben uns gezwungen, fast auf die Minute genau zu beweisen, was wir vor der Enthüllungsfeier gemacht haben, mit wem wir gesprochen haben usw., um jeden Zusammenhang mit den Ägidis ausschließen zu können. Ich hab gesagt, daß ich die Leute von der Ägidi kenne, aber das wir für diesen Abend nichts gemeinsames abgesprochen haben. Für andere in der HOSI war die Abgrenzung aber wichtig, weil sie die Diskriminierung von Lesben und Schwulen eben sehr direkt erleben."

Um unsere Kritik von jener der Volksstimme abzuheben, die die Aktion der HOSI als gesamtes mit chauvinistischsten Argumenten ablehnt (7), bitten wir euch, liebe LeserInnen, auch mit Solidaritätserklärungen an die HOSI zu wenden, dabei aber die Distanzierung der einen 'Minderheit' von den anderen DEUTLICH zu kritisieren. Solidaritätsadressen an:

Homosexuellen Initiative Wien
Novaragasse 40
A-1020 Wien

Nur so, denke ich, können wir dem 'distanziererischen Teil der HOSI' vermitteln, daß wir die berechtigten Forderungen der Lesben und Schwulen bedingungslos unterstützen, andererseits aber auch Unterstützung für unsere Forderungen erwarten.

Liebe und Kraft und so....

Fußnoten:

(1) Am 3. August 1988 kam Zilk aus seinem Urlaub zurück und verkündete, daß das Denkmal aufgestellt werden würde. Am Tag danach erfuhren die Ägidis, daß am folgenden Montag, dem 8. August, ihr Haus im Zuge einer 'baupolizeilichen Begehung' geräumt werden sollte. Bereits am Abend des 7. Oktober meldete der KURIER die Räumung, worauf sie, um den Schein zu wahren, auf Donnerstag den 11. verschoben wurde. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 9. August entschlüpfte Wohnungsdadtrat Edlinger folgende Sätze: "Die Belastung der Bewohner der umliegenden Häuser ist an die Grenze der Er-

träglichkeit gestossen. Wir müssen uns schon um das kümmern, was die Menschen in dieser Stadt wollen. Schließlich gibt es ja mit dem Hrdlicka-Denkmal genug Aufregung." Das Junktim Denkmal-Ägidi wurde zwei Wochen später auch im Falter erläutert. Wer es wissen wollte, konnte es also auch wissen!

(2) EGVG 1950: Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen. Wegen Art. IX Abs. 1 Z. 1 ist auch zu bestrafen, wer ein Verhalten gesetzt hat, das geeignet war, die öffentliche Ordnung zu stören. Und zwar unabhängig davon, ob das Verhalten tatsächlich die Ordnung gestört hat. Angesichts solcher Paragraphen ist eine Verurteilung des Transparent-Raubs durch den VwGH nicht zu erwarten.

(3) Der an sich kotzige und eigentlich nichtssagende Begriff 'Klassenjustiz' erscheint mir hier als 1) angebracht und 2) erklärungsbedürftig: Es geht dabei weniger um die Justiz als explizites Kampfmittel gegen eine im 'klassischen' Sinne rebellierende Klasse (die ich nicht sehen kann), als vielmehr um den Versuch einer mit Machtmitteln ausgestatteten Gruppe, das System, daß ihr diese Machtmittel übertragen hat auch funktionsfähig zu erhalten. Real wird die Justiz dadurch nicht Kampfmittel gegen eine bestimmte Klasse, sondern Kampfmittel gegen alle Menschen, die nicht der herrschenden Gruppe angehören.

(4) Übrigens war der Verstoß gegen die Dekretierung der Parolen von oben und dessen Sanktionierung durch Festnahmen und Haftstrafen am 14. Januar 1989 Anlaß für die DDR-weite Organisation von RegimegegnerInnen. Dazu noch folgende Anekdote samt Auftruf zu Spaßguerilla-Aktionen: Als Reaktion auf den Abdruck der 'vorgeschlagenen' Parolen im 'Neuen Deutschland' affizierte eine an der Umzugsroute liegende Wohngemeinschaft irgendwann in den siebziger ein Transparent mit der Aufschrift 'Wie jedes Jahr am 1. Mai rufen wir Parole zwei'. Die Polizei war sich unsicher, was dies zu bedeuten hätte, schritt aber nicht ein. Ebenso rutschte anläßlich des 25. Gründungsjubiläums der DDR der auf einem Theater angebrachte Text: '25 Jahre DDR — 25 Jahre sozialistisches Theater' durch die Zensur.

(5) Die in Berlin als Propaganda-Clou der orange-grünen Koalition nicht aufgelöste sondern nur umbenannte 'Einsatzgruppe besondere Lage-Training' (EBLT) war auch nicht auf Festnahmen, sondern auf Verletzungen spezialisiert. Völlig ausgepolstert war es ihre Aufgabe, durch die Reihen der Militanten durchzubrechen, ins Zentrum der DemonstrantInnen vorzustoßen und dort durch Terror Panik auszulösen. Um in dieser Situation wendiger zu sein, wurde die Truppe mit Spezialwaffen ausgerüstet, die ein Schlagen in verschiedene Richtungen ohne Änderung der Arm- oder Körperhaltung erlauben. Diese Waffe, 'Nothilfestab' genannt, eignet sich auch vorzüglich zur Fixierung von Gefangenen durch Sperre im Halsbereich. Jede Bewegung des oder der Gefangenen hat unweigerlich eine Kehlkopfverletzung zur Folge. Diese Waffe wurde am 5. Oktober 1990 auch von der Wiener Polizei eingesetzt!

(6) Aha, ein Diktat der Militanten, werden da jetzt manchen sagen. Gemeint ist aber das Gegenteil. Was da vor der Oper läuft oder laufen wird, entspricht den realen Bedürfnissen derer, die das machen. Wer meint, das sei unpolitisch, erhebt den Anspruch auf die Wahrheit. Bislang war es immer so, daß sich selbst realpolitisch titulierende Gruppen wie Grüne, KP etc. zum Mittelpunkt des Geschehens ernannt haben, ohne es zu sein. Wer es nicht verkraftet, als Gleiches unter Gleichen politisch zu handeln, soll auf den Opernball gehen. Die 'demokratisch legitimierten' VertreterInnen des repräsentativen Herrschaftsmodell sind dort zu finden. Das prophylaktische Abschwören von Gewalt ist das Diktat!

(7) Angeblich ging es lt. Volksstimme am 24. November 1988 um das 'Lebenswerk Alfred Hrdlickas', welches durch die Aktionen der HOSI und erst recht der der Ägidis besudelt wurde. Aber was bitte ist wichtiger: Die 'Ehrung' eines Künstlers durch arrogante Vertreter der Staatsgewalt oder das Recht von Minderheiten, als Mensch akzeptiert zu werden?

Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Maini Steudinger, Longa Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67

Fisching: Haufenweise Verurteilungen und kein Ende

(TATblatt-Wien, pblattform)

Längst in Vergessenheit geraten, kassieren die AktivistInnen der Kraftwerksbaustellenbesetzung in Fisching (Steiermark) vom letzten Winter sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit jetzt eine Strafe nach der anderen. Mehr als 30 Besitzstörungsklagen hat es geregnet, wovon zumindest 9 gegen die Beklagten entschieden wurden (von den anderen ist uns leider nichts bekannt — bitte *unbedingt* am Alternativreferat-BOKU melden!). Der Rechtsanwalt meldete nun Rekurs an, wobei er auf »übergeordneten Notstand« (erlaubt außergesetzliches Handeln, wenn große Gefährdung besteht, zB nukleare Gefährdung) plädiert und mangelnde oder mangelhafte Beweise anführt (zB wurden schon einmal falsch datierte Fotos vorgelegt, eine »Betreten verboten«-Tafel wird ohne Beweise als existent angenommen). Eine Per-

son wurde darüberhinaus wegen angeblicher Körperverletzung anlässlich des Widerstands gegen den Versuch im Jänner, die BesetzerInnenhütte zu zerstören, zu *4 Monaten unbedingt* verurteilt (ACHTUNG: ZEUGINNEN GESUCHT!!!).

Ein Umweltverträglichkeitsgutachten vom Mai des Jahres bezeichnet das Projekt als "unter Vorbehalten umweltverträglich" — das heißt, einige Änderungen an der Planung würden einen Weiterbau möglich machen. Vorläufig gilt der Baustopp angeblich noch bis Herbst 1991.

In die diversen Prozesse wird (natürlich) CASH (zu deutsch: Kohle, Knete) gebraucht. Spenden bitte auf's TATblatt-Konto, **eindeutig** versehen mit der Bezeichnung »Fisching« (sonst kassieren wir's, wir können's auch brauchen) PSK 7547.212. ●

BOIK-OTTOS



BOYKOTT-TIPS

OTTO BOIKs TIPS FÜR DEN BOYKOTT

- Namensschilder an Briefkasten und Wohnungstüre entfernen
- Haustüre immer abschließen
- Mal echte Ferien machen (ab 23. Nov.–Mitte Dez.)
- Abmelden am Wohnort
- Nicht bei jedem Klingeln die Tür aufmachen
- «Nein, tut mir leid, ich wohne nicht hier»
- Uneingeschriebenes ist nie angekommen
- «Habe den Bogen schon abgegeben, es war schon jemand da»
- «Habe den Bogen direkt nach Bern geschickt»
- Selber Papierkrieg anfangen: Gegenfragen ans Statistische Amt stellen, oder «Habe leider die Bogen verloren, ausgeliehen, verkauft, verschenkt...»
- «Nein danke, wir kaufen nichts!»
- Bogen mit schwarzen Balken schmücken (siehe Fichen)
- Bogen an einen Luftballon heften, Adresse: BFS
- Bogen wegschmeissen, es lebe das Recycling!
- Als WC-Papier selber verwerten
- Auf keinen Fall ausfüllen! (Schon gar nicht, wenn die ZählerInnen dabei sind)
- OTTO BOIK und PHANTA-SIE!

TATblatt VolxVERzählungs

Ecke

Aus Platzgründen fällt diese Ecke diesmal ein bißchen kleiner aus als sonst, die Fortsetzung der theoretischen Serie zur Volxzählung '91 wurde auf's nächste Mal verschoben. Für alle, die es nicht erwarten können, weiterzulesen. Der Volxzählungsreader ist in Kürze in der 2. Auflage zum Preis von S 100,— erhältlich. Restexemplare der 1. Auflage gibt's bei uns noch zum Preis von S 70,—. Außerdem haben wir Pickerl zum Preis von zirka zehn Groschen das Stück (plus Porto von mindestens S 5,— pro Sendung) zum Hergeben....

Wiener Anti-Volkszählungsplenum

(Statistisches Sabotageamt)

Das letzte Anti-Volkszählungstreffen am 3. Dezember im Amerlinghaus verlief wieder ohne großartige Höhepunkte. Einmal mehr kam heraus, daß es weder erstrebenswert noch möglich ist, eine zentralistische Anti-VZ-Struktur im Land aufzubauen. Vielmehr soll es unser Ziel sein, möglichst rasch verschiedene Gruppen zur Anti-VZ-Arbeit zu mobilisieren. Diese sollen dann in Eigenverantwortung und kreativ arbeiten. Wir als VZ-Plenum wollen da nur ein Schneeballprinzip auslösen, u.a. mittels des VZ-Readers, den es ja bald wieder geben soll.

Eine große Bewegung für harten VZ-Boykott wird es im Ö-Reich wohl kaum geben, war so eine allgemeine Einschätzung. Dazu können wir auch kaum aufrufen, das müssen sich die Leute selbst genau überlegen. Am besten müßten sie sich

dazu selbst in Hart-Boykott-Gruppen organisieren, mit Rechtshilfekontakten, etc. Wenn es Fälle von harten Boykott geben würde, würde dies allerdings sicherlich begrüßt werden.

Größere Chancen werden da schon einem weichen Boykott eingeräumt, dazu müssen aber noch einheitliche Richtlinien geschaffen werden.

Für kleine konspirative Aktionsgruppen gäbe es dann auch noch ein breites Spektrum möglicher Aktionsformen. Dies beweist auch schon das Beispiel Schweiz, wo gerade jetzt eine VZ im Laufen ist.

Das nächste Anti-VZ-Plenum findet am Montag, 7. Jänner um 19 Uhr im Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8) statt. Hinkommen! Hinkommen! Hinkommen!

Das Böse in der Schweiz

(Gruppe für eine Subversivität nach Schweizer Vorbild)

Verwirrung stifteten in der Schweiz in letzter Zeit beispielsweise korrigierte Fragebögen, durch welche die offiziellen ausgetauscht wurden. Diese neuen Fragebögen sahen genauso amtlich aus, wie die alten, hatten nur den einen Fehler: Sie waren gefälscht. So gab es beispielsweise bei der Frage nach der Wohnsituation Antwortmöglichkeiten wie „Opfer von Miethaien“, „Hausbesetzer/in“, etc.

Wir hoffen, diese Aktionen möglichst bald genauer dokumentieren zu können.

In Zürich nahmen nette VZ-GegnerInnen den überlasteten amtlichen ZählerInnen auch ein gehörig Maß an Arbeit ab und gingen an ihrer statt

die Bögen bei den Leuten einsammeln, die ihnen auch bereitwillig ausgehändigt wurden. Am Tag darauf langten bei verschiedenen Medien und bei der Kriminalpolizei Schnipsel von ausgefüllten Fragebögen in anonymen Expreßbriefen ein. Braucht also wirklich keine R sagen, daß die GegnerInnen die Bögen dann nicht weitergegeben hätten.

Was die können, können wir schon lange!

Für den Hausgebrauch bringen wir heute am Rand dieser Seite noch ein paar Sabotagetips für zwischendurch, entnommen aus der Schweizer Boykott-Zeitung „Boyk Otto“

Biß zum nächsten Mal! ●

El Salvador: Neue Guerilla-Offensive

Ziemlich genau ein Jahr nach der Großoffensive im November 1989, startete die FMLN (Befreiungsfront Farabundo Marti) am 20. November, Punkt 0.00 Uhr, neue Attacken gegen das Militär. Die Guerilleros haben neue Waffen, die sie selektiv und mit großer Effizienz einsetzen.

(TATblatt-Wien, APIA, ides)

Vor einigen Wochen noch brüstete sich Verteidigungsminister Rene Emilio Ponce damit, daß dank der Präventivoperationen der Armee eine Guerillaoffensive überhaupt nicht stattfinden könne. Das Militär hatte durch permanente Angriffe auf die Rückzugsgebiete der Rebellen in den Bergen größere Bewegungen verhindert und in der Hauptstadt eine große Zahl von Waffenslagern aufgedeckt.

Mit dem Abschluß eines A-37 Kampfflugzeuges am 23. November und eines Kampfhubschraubers 3 Tage später ist der FMLN nun ein entscheidender Schlag gegen die Luftwaffe der Regierungsarmee gelungen, wodurch deren Effektivität deutlich reduziert wird. Denn die Kampfhubschrauber spielen eine wichtige Rolle im Anti-Guerilla-Kampf bei Attacken gegen deren Positionen. Kommandanten der Luftwaffe bestätigten, daß sie nun vorsichtiger seien: Flugzeuge, die üblicherweise über den Kampfgebieten kreisten und eine Koordination der Bodentruppen ermöglichten, werden nun unverzüglich rückbeordert, wenn sich Verständigungsschwierigkeiten einstellen. Dies wiederum verursacht Beschwerden der Infanterie über mangelnde Luftunterstützung. Aufgrund der "signifikanten Eskalation" kündigten die USA eine beschleunigte militärische Hilfe von 48 Mio US\$ an.

In der vergangenen Woche kam es zu größeren Zusammenstößen zwischen Guerilla und Regierungsarmee in mehreren Provinzen, in der Hauptstadt wurden Sabo-

tageaktionen gesetzt. Bombenanschläge gegen vier Bankfilialen wurden auch von der politisch moderaten Nationalen Arbeiter- und Bauernunion (UNOC) unterstützt, weil die Privatisierung des Bankwesens nur den Großunternehmern nütze und den Kleinbauern und Genossenschaften den Zugang zum Kredit erschwere.

Bisher forderten die Auseinandersetzungen nach Angaben der FMLN 700 Tote und Verletzte in den Reihen der Armee, insgesamt wurden drei Flugzeuge und mehrere Hubschrauber abgeschossen oder beschädigt.

Während die Regierung den Einsatz der Raketen als "schweren Schlag gegen die Verhandlungen" bezeichnet, sieht die FMLN ihn als Voraussetzung für einen

ernsthaften Dialog, der ansonsten nur halbherzig geführt werden würde. Die FMLN fordert eine sofortige Säuberung der Armee von kriminellen und korrupten Elementen, die Auflösung der Sicherheitskräfte, die totale Entmilitarisierung des Landes, eine Reform des Justizsystems und die Verbesserung des Wahlrechtes, das derzeit große Bevölkerungsgruppen von der Teilnahme ausschließt. Derzeit wird eine neue Verhandlungsrunde durch Alvaro de Soto, dem Vermittler der Vereinten Nationen, angebahnt. Die FMLN hat einen neuen Plan unterbreitet, der einen Waffenstillstand im Januar 1991 ermöglichen soll, dessen Inhalt bisher aber noch geheim ist. Für Weihnachten und Neujahr kündigte die FMLN einen jeweils 24stündigen Waffenstillstand an. ●



FMLN-Kämpfer in Morazán, 1984: im Untergrund ein geheimes Netzwerk aufgebaut.

“Den Gegner schwächen” — Interview mit Jesus Rochas (FMLN)

Jesus Rochas, Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der FMLN und ein Mann mit langjähriger Fronterfahrung, erläutert die Hintergründe der jüngsten Offensive im Gespräch mit Journalisten der APIA (Alternative Presseagentur in Zentralamerika).

Welche Ziele hat die Offensive, die am 20. November begonnen hat?

Das wichtigste Ziel ist die Deblockierung der Verhandlungen, die wegen der starren Position der Armee nicht von der Stelle kommen. Diese basiert auf der Annahme, daß die FMLN schwach ist und dank der internationalen Konstellation weiter geschwächt wird, wenn man nur lange genug wartet. Am Verhandlungstisch waren die Streitkräfte daher zu keiner Art von Konzessionen und zu keiner ernsthaften Diskussion des Themas »Armee« bereit. Die Regierung hat die Position Napoleon Duartes kopiert, die im Grunde die Position der USA ist: nämlich zuerst Waffenstillstand

und Entwaffnung und dann Verhandlungen. Unsere Position ist, daß der Krieg parallel zu den Verhandlungen weitergeht, daß der bewaffnete Kampf die Garantie bietet, daß in den Verhandlungen ein echter Fortschritt erreicht wird.

Muß nicht befürchtet werden, daß die Militärs, wenn sie attackiert werden, ihre Position noch verhärten?

Es ist wahrscheinlich, daß das am Anfang passiert, daß sich aber auch bald vernünftige Positionen artikulieren werden. Wir glauben, daß es dadurch möglich sein wird, die Extremisten innerhalb der Armee zu isolieren, die jetzt den totalen Krieg entfesseln wollen.

Wir sind überzeugt, daß es bei den Militärs Gruppen gibt, die am Fortschritt der Verhandlungen interessiert sind, die sich jetzt aber noch nicht durchsetzen können.

Mit dem Einsatz von Flugabwehrraketen und »Tepezcuñiles« hoher Zerstörungskraft hat der Krieg eine neue Qualität erreicht. Die Armee spricht von einer gefährlichen Eskalation. Werden diese Waffen daher aus politischen Gründen so dosiert eingesetzt?

Wir glauben nicht, daß der Einsatz dieser Waffen einen Eskalationssprung bedeutet. Ziel ist immer, den Effekt zu erhöhen und Schäden für die Zivilbevölkerung zu ver-

meiden. Die Raketen müssen wir natürlich selektiv gebrauchen, weil wir nur geringe Mengen davon haben. Die Tépezcutintles sind halbindustrielle Waffen, die schon ihrer Größe wegen nicht massiv eingesetzt werden können. Sie wiegen circa 40 Kilo.

Aber haben euch diese Waffen eine strategisch vorteilhaftere Position verschafft?

Natürlich. Mehr als die Waffen aber vielleicht unsere Fähigkeit, uns an die militärischen Objekte so weit anzunähern, daß wir

Straßensperre der FMLN im März 85; Foto: Ralf Leonhard



diese und andere Waffen sinnvoll einsetzen können. Dabei hilft uns die Unterstützung der Bevölkerung und die Ausweitung unserer Operationsgebiete bis in die unmittelbare Nachbarschaft dieser Einrichtungen.

Diese Taktik gefährdet doch auch die Zivilbevölkerung. Das hat der fatale Unfall im Oktober gezeigt, als zwei Kinder durch ein Geschloß getötet wurden.

Sowohl die Herstellung als auch der Einsatz der Waffen wird jetzt strenger überwacht. Die Zielgenauigkeit wird verbessert und wenn das Risiko für die Zivilbevölkerung zu hoch ist, wollen wir ganz auf den Einsatz solcher Waffen verzichten. Das Problem ist die große Bevölkerungsdichte in unserem Land und daß die Armeekasernen fast alle mitten in besiedelten Stadtteilen stehen. Die Armee hat sogar ganz gezielt neue Militärinstallationen in Wohngebiete hineingebaut.

Ist der Schaden für ZivilistInnen bei dieser Militärkampagne deutlich geringer als bei der Offensive vor einem Jahr?

Wir glauben schon, denn die Armee hat diesmal keine Wohngebiete bombardiert. Die meisten Militäraktionen finden nicht in der Hauptstadt statt. Vor einem Jahr war der Plan, Zonen in den Städten unter unsere Kontrolle zu bringen. Wir verteidigten Positionen in den ArbeiterInnenvierteln, um von dort die Kasernen anzugreifen. Anders wäre es nicht denkbar gewesen. Denn vor allem den Truppen, die vom Land kamen, fehlte die Erfahrung. Jetzt haben wir diese Erfahrung und müssen nicht mehr dieselbe Taktik anwenden. Außerdem würden wir sie schon deswegen nicht mehr anwenden, weil wir jetzt die Kosten und die

Art der Reaktion des Feindes kennen.

Was ist also jetzt die militärische Taktik?

Das Wichtigste ist die militärische Schwächung des Feindes und die Zerstörung seiner Infrastruktur und seiner Waffen. Wir operieren mit Überraschungsangriffen mit starker Truppenkonzentration und hoher Feuerkraft, damit in einer Blitzaktion ein hoher Effekt erzielt werden kann. Allein in Chalatenango haben wir der Armee 276 Mann Verluste beigebracht. In Usulután etwa 245. Dort hat auch die Luftabwehr am besten funktioniert mit dem Abschluß einer A-37 Maschine und eines Hubschraubers.

Wie steht es mit den Verlusten der FMLN? Sind die bedeutend geringer als im Vorjahr?

Kein Vergleich. Gemessen an der Größe der Aktionen sind unsere Verluste

verschwindend gering: vielleicht unter hundert, wobei die meisten heilbar sind. Die Armee hat nach unseren Rechnungen bis heute 892 Mann verloren, wovon allerdings auch viele Verwundete wieder eingesetzt werden können.

Die FMLN hat sich mit Beginn dieser Kampagne als »Nationale Armee für die Demokratie« konstituiert. Was bedeutet das in der Praxis?

Es handelt sich um einen Prozeß, in dem wir uns befinden, und nicht um die Krönung des Prozesses. 1987, als die strategische Gegenoffensive vorgezeichnet wurde, beschlossen wir, unsere strategischen Einheiten wieder aufzubauen. Wir operieren jetzt wieder in Bataillons. Zwischen 1984 und 1988 hatten wir die großen Einheiten aufgesplittert, um in neue Operationsgebiete, vor allem die dicht besiedelten und wirtschaftlich zentralen Gebiete im Süden, vorzudringen zu können. Diese Einheiten werden jetzt wieder zusammengeschlossen. Die Novemberoffensive des Vorjahres wäre ohne große Einheiten nicht möglich gewesen. Das Operieren in großen Einheiten setzt aber einen Qualitätssprung voraus: bei den Truppenführern und in deren Kommunika-

tion und Koordination untereinander. Die heutigen Einheiten unterscheiden sich von denen, die wir 1982/83 aufgebaut hatten. Sie sind flexibler, agieren mehr im Guerilla-Stil. Der Prozeß ist noch im Fließen. Deswegen behaupten wir auch nicht, daß wir schon in der Endoffensive sind.

Es gibt also noch keine Dienstgrade, wie in einer regulären Armee?

Bisher noch nicht. Es geht mehr darum, zu zeigen, daß die FMLN nicht einfach ein Haufen von Guerilleros ist, sondern eine richtige Armee, die Anspruch hat, als solche anerkannt zu werden und imstande ist, die andere Armee zu schlagen.

Was wird parallel zum Kampf unternommen, um den Verhandlungsprozeß wieder in Gang zu bringen?

Wir versuchen, einem Arbeitspapier zum Thema Streitkräfte des UNO-Repräsentanten Alvaro de Soto zum Durchbruch zu verhelfen. Es geht darin um die Annäherung der Positionen der beiden Seiten: die berühmten 33 Punkte der Armee und die 18 Punkte der FMLN. Es ist nicht unbedingt ein Vorschlag, mit dem sich die Vereinten Nationen identifizieren. Der Inhalt ist geheim, solange es dazu noch kein Abkommen gibt.

Wie steht ihr zu diesem Dokument?

Wir glauben, es ist ein guter Ansatz, in diesem Thema weiterzukommen. Zum ersten Mal können wir optimistisch sein, daß es in diesem Punkt zu einem Abkommen kommt. Auch mehrere Vertreter der Regierung haben sich bereits positiv dazu geäußert.

Kernpunkt ist die Entmilitarisierung in mehreren Etappen?



„Das ist der Frieden von Duarte“

Richtig. Der Hauptteil dreht sich aber um die Umstrukturierung der Sicherheitskräfte und die Säuberung des Offizierskorps. Die Finanzpolizei, Nationalgarde, Zivilverteidigungsstrukturen und Todeschwadronen sollen aufgelöst werden. Im Prinzip wird dabei unser Vorschlag aufgegriffen. ●

Nicaragua:

»La Primerísima« — Freier Sender in Gefahr

Am 30. September wurde der sandinistInnenfreundliche, aber nicht -konforme Radiosender »La Primerísima« in Brand gesteckt. Ein neues Gesetz könnte seine Stimme für immer verstummen lassen. — Wenn es keine internationale Solidarität gibt.

(TATblatt-Wien, La Primerísima)

Radio »La Primerísima« wurde im Dezember 1985 mit Sendeeinrichtungen, die bei Somoza-Anhängern konfisziert worden waren, gegründet. Es ersetzte einen anderen Revolutionssender, »Radio Deportes«, und praktizierte während der vergangenen 5 Jahre eine Informationspolitik, die einen starken Widerstand gegen alle Bestrebungen, die Rechte des nikaraguanischen Volkes zu beeinträchtigen, darstellte. Es hatte sich zu einer Drehscheibe der ideologischen Auseinandersetzung entwickelt, weil es seinem revolutionären Auftrag und den Prinzipien, die zur Gründung der FSLN (Sandinistische Befreiungsfront) geführt hatten, treu blieb. Durch seine kritische Berichterstattung hatte es dort nicht nur Freunde. So wurde zB über Korruptionsfälle innerhalb der FSLN berichtet und auch der jüngst zwischen FSLN und Regierung beschlossene Sozialpakt angegriffen. Die Sandinistas hätten sich nicht nur auf Abänderungen des Regierungsvorschlages beschränken dürfen, sondern einen Alternativvorschlag erarbeiten müssen. "Ein Sozialpakt kann sich nicht nur darauf beschränken, die Arbeitskraft zu verbilligen und Auslandsinvestitionen zu erleichtern" ist die Meinung eines Radionmitarbeiters.

Ende 1989 wurde Radio »La Primerísima« aufgrund eines Sparprogrammes aus dem Bundesbudget fürs nächste Jahr herausgenommen. Seither mußten die Angestellten selbst für ihr Einkommen sorgen, das zu einem drastischen Personalabbau führte. Nach den Wahlen schrumpfte der Werbemarkt so drastisch, daß die Gehälter um 200% fielen.

Nach der Wahlniederlage der Sandinistas und in Kenntnis der Absicht der UNO (Wahlsiegerin), den AnhängerInnen Somozas all ihr beschlagnahmtes Eigentum zurückzugeben, suchte das Radio bei Präsident Ortega um unentgeltliche Übertragung der gesamten benutzten Geräte und Güter an und bekam sie auch.

Seit Juli 1990, während der Kämpfe des Volkes auf der Straße und am Arbeitsplatz um gewisse Forderungen, kam es bei den Sendeanlagen zu eigenartigen Stromausfällen und es häuften sich die Drohungen, die Anlagen zu zerstören, bis zu dem Anschlag, der die beiden Sender vollständig zerstörte.

Ein Gesetz, das sich gerade in Ausarbeitung befindet, sieht vor, daß Radios, die

mehr als 3 Monate lang nicht senden, ihre Lizenz abgeben müssen. »La Primerísima« ist also vom endgültigen "Aus" bedroht. Die Begründung ist eine technische, denn es gibt keine freien Frequenzen mehr und einige davon sind von Radios belegt, die schon lange nicht mehr arbeiten. Aber natürlich gibt es auch politische Hintergründe, denn in Zentralamerika sind Radios das wichtigste Medium überhaupt.

Radio »La Primerísima« ist fest entschlossen, weiterzuarbeiten und versucht nun, das nötige Geld für die Instandsetzung der beiden zerstörten Sender aufzutreiben. Benötigt werden ca 200.000 US-\$ oder Sachspenden der Marke Itame.

Die österreichische Journalistengewerkschaft hat inzwischen ihre Solidarität bekundet und der geehrten Präsidentin Chamorro einen Brief geschickt, der die Bestürzung über die Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit ausdrückt. Ob sich die Solidarität auch in Scheinen ausdrücken wird, ist bisher noch unklar. ●

Spenden auf das Konto der
Nicaragua-BrigadistInnen
BAWAG 02910.665.076,
Kennwort »Radio La Primerísima«

Brigaden

(Nicaragua-BrigadistInnen)

Aufgrund der veränderten politischen Verhältnisse in Nicaragua haben die österreichischen Nicaragua-BrigadistInnen beschlossen, die für die Entwicklung einer ganzen Region ("El Bolson") gesammelten Spenden nicht wie geplant zu investieren.

In Absprache mit ihren bisherigen PartnerInnen wollen sie jetzt die Gemeinde Condega unterstützen. Condega liegt im Gebiet des Bolsons und hat nach der Wahl weiter eine sandinistische Mehrheit (8:2 GemeinderätInnen). Die Entscheidung, welche konkreten Projekte in der Gemeinde mit den Spenden finanziert werden, liegt bei den Betroffenen. ●

Saudiarabien:

Erster öffentlicher Emanzipationsversuch

(TATblatt-Wien, EPN)

An die 50 Frauen starteten am 6. November einen Vorstoß für die Emanzipation der Frau. Sie nahmen ihren Chauffeuren die Autoschlüssel ab und fuhren im Konvoi durch die Straßen von Riyadh. Nach einer halben Stunde wurden sie von der Polizei gestoppt und festgenommen, ohne gegen die Verkehrsverordnung verstoßen zu haben.

In Saudiarabien ist es Frauen nicht erlaubt, sich ohne männliche Verwandte oder Ehemänner in der Öffentlichkeit zu zeigen. In den Firmen gibt es strikte Trennung nach Bereichen für Männer und Frauen, die nicht miteinander verbunden sind, Frauen betreten sie durch den Hintereingang.

Frauen, die selbst ein Unternehmen gründen oder führen wollen, stehen große Hindernisse im Weg: 1978 stand das Finanzamt aufgrund eines Kreditansuchens vor der Frage, ob Frauen denn überhaupt zu

Saudischen Staatsbürgern in Kreditangelegenheiten zählten (damals wurde das Problem aufgrund guter familiärer Beziehungen von Kronprinz Fahd gelöst). Eine Frau, die einen Import von Gesundheitskost aufziehen wollte, scheiterte daran, daß sie nicht persönlich zum Hafen gehen konnte, um ihre Ware vom Zoll abzuholen. So bekam sie die Lebensmittel immer erst nach Ablauf des Verfalldatums. Nach 4 Jahren übergab sie ihr Geschäft einem Mann.

Ein Katalysator für die jüngsten Proteste von Frauen war sicher auch die Anwesenheit der US-Soldatinnen — die ua auch Fahrzeuge lenkten. (Reaktion eines saudiarabischen Mannes: "Wir dachten schon, am nächsten Tag würden sie mit Bikinis in den Straßen herumlaufen".)

Die Folgen des Emanzipationsvorstoßes: Eine Woche später wurde ein Fahrverbot für alle Frauen — einschließlich Ausländerinnen — erlassen. ●

Kolumbien: Guerilla gewinnt Wahl

Für die "Drogenpropaganda" der USA ist Kolumbien schlechthin das Land, daß das Böse nach Norden bringt. Kokain verdirbt die amerikanische Gesellschaft, vom Kleinkind bis zum hohen Management. Daß die Regierung in Kolumbien jetzt mit den "Extraditables", mit den Auslieferbaren verhandeln will, ist für Amerika ein rotes Tuch; daß gleichzeitig eine ehemalige Guerillabewegung Wahlen gewinnt, und hiebei ein Wort mitzureden haben wird, stellt ein neues Kapitel kolumbianischer Geschichte dar.

(TATblatt-Wien)

Sonntag, den 9. Dezember, fanden in Kolumbien die Wahlen für die *Verfassungsgebende Versammlung* statt. Bereits im Frühjahr dieses Jahres sprachen sich 90% der Bevölkerung in einer Art Volksabstimmung für die Neuschaffung der Verfassung aus und legten damit den Grundstein zu obengenannter Wahl. Ursprünglich sollte die Versammlung aus 300 gewählten VertreterInnen bestehen, um auch politischen und ethnischen Minderheiten eine Stimme zu geben. Die herrschenden Kräfte im Land, setzten allerdings eine Beschränkung auf 70 Sitze durch. In einem anderen Punkt Schritt aber der Verfassungsgerichtshof ein: es wird keinerlei thematische Beschränkung in der Zuständigkeit der Versammlung geben.

In Kolumbien selbst sind viele stolz auf die "älteste Demokratie Lateinamerikas". Allerdings steht das Land seit 4 Jahren praktisch ununterbrochen im Ausnahmezustand; die konservative und die liberale Partei teilen sich seit 150 Jahren ohne Unterbrechung die Macht, nicht nur die politische. Militär und Polizei sowie paramilitärische Gruppen, Wirtschaft und Drogenbosse stützten das Zweiparteiensystem. Die Opposition wurde ausgegrenzt, die brennenden Probleme des Landes, wie wir sie von allen Staaten Lateinamerikas kennen, blieben ungelöst. Die Folge war ein ungemein breiter, bewaffneter Widerstand. Über 10 000 KämpferInnen bildeten nicht weniger als 6 Guerillaorganisationen, und bekämpften gleichzeitig die Regierung. Eine der aktivsten war die M-19.

Für die M-19 war Mitte der 80-er Jahre schon die Zeit gekommen, sich an Friedensverhandlungen mit der Regierung zu beteiligen. Doch wurden vereinbarte Waffenstillstände immer wieder durch die Macht des Militärs über die Regierung, und von der Regierung unterstützten Terrorbanden zum Scheitern gebracht. Dennoch drängte die M-19 immer wieder zur Teilnahme an der politischen Verwaltung des Landes, und so wurden im März dieses Jahres die Waffen wieder einmal niedergelegt. Bei Wahlen errang die M-19 genug Stimmen um in den Kongress einzuziehen zu können, und mit Antonio Navarro Wolf den Gesundheitsminister zu stellen. Navarro errang in der Regierung den nötigen Einfluß um einige Reformen durchzusetzen, Skandale aufzudecken und zusätzlich an Popularität und Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Dennoch kam es für viele überraschend, daß diesmal von Meinungsforschungsinstituten ein Wahlsieg für die M-19 vorausge-

sagt wurde. Am Sonntag war es dann tatsächlich soweit, die Konservativen und Liberalen mußten zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Wahlniederlage hinnehmen. Die M-19 wurde mit ca. 30% der Stimmen die stärkste Partei. Auch wenn die Wahlbeteiligung nur bei 30% lag und der Verfassungsgebenden Versammlung nicht soviel Wichtigkeit beigemessen wird, wie etwa der Präsidentenwahl, kann dieser Erfolg als Beginn eines neuen Kapitels der kolumbianischen Geschichte gesehen werden.

Dabei dürfte nicht so sehr das Programm der M-19 den Ausschlag gegeben haben, denn es besteht bisher nur ansatzweise. Gerüchte sprechen von zentrumslinker Orientierung, Privatisierungswünschen und einer starken Konzentration auf wirtschaftliche Reformen. Allgemein gilt die M-19 allerdings als linke Partei, die vor allem auch für den Friedensprozeß in Kolumbien steht.

Wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten, sind paramilitärische, rechts-extreme Todesschwadronen, für das Verschwinden und den Tod 1000er verantwortlich, dazu kommt der Terror von Armee, Polizei und der Drogenhändler. Die Bevölkerung des Landes legt einige Hoffnung in die Friedensbemühungen der letzten Jahre, und darin dürfte auch der Erfolg der M-19 zu sehen sein. Die "Gräben", die hier zu überwinden sind, dürfte folgende beinahe groteske Situation zeigen: in der Verfassungsgebenden Versammlung werden sich auf der einen Seite Navarro Wolf, und auf der anderen Alvaro Gómez, Führer der konservativen Partei entgegensetzen. 1988 befand sich Gómez 50 Tage als Geisel in der Gewalt der M-19, Navarro Wolf wiederum verlor bei einem Bombenattentat ein Bein (als Mitglied einer Untersuchungskommission im Auftrag der Regierung). Der Täter kam aus Kreisen des kolumbianischen Geheimdienstes. Und Navarro Wolf war dabei eines der glücklicheren Opfer, das linke Parteien und kämpfende Gruppen auch zu Zeiten der Waffenstillstände zu beklagen hatten. Viele seiner Vorgänger mußten ihre Aktivitäten mit dem Tode bezahlen.

Dennoch wird die M-19 jetzt an die 20 VertreterInnen in die *Verfassungsgebende*

Versammlung entsenden. Dazu zählen: 3 marxistische GewerkschafterInnen, 3 MenschenrechtsanwältInnen und 9 ehemalige Guerilleras (sowie — ein Hinweis an unsere SportfreundInnen — der Trainer der kolumbianischen Fußballnationalmannschaft).

Ein Problem wird für die M-19 allerdings gerade wegen des Erfolges immer schwerer zu lösen. Denn noch am Wahlsonntag ließ die Regierung die Stellungen der kommunistischen FARC, der größten Guerilla (mit



7000 aktiven KämpferInnen), bombardieren. Das Hauptquartier wurde mit über 40 Flugzeugen angegriffen; mehr als 10 Tonnen Bomben wurden abgeworfen. Und das in einer Phase der Verhandlungen, die erstmals fast alle großen kämpfenden Gruppen (incl. der FARC) umfaßte. Mehrere 1000 KämpferInnen fanden sich dazu in verschiedenen Teilen des Landes ein, um ihre Waffen niederzulegen, und das Ende des bewaffneten Kampfes zu verkünden. Wie lange kann die M-19 Teil dieser Regierung bleiben, und gleichzeitig glaubwürdig für den Friedensprozeß im Land stehen?

Um noch kurz auf's Medienthema Nr. 1 einzugehen: die Verfassungsgebende Versammlung wird auch über die Auslieferung der Extraditables entscheiden müssen. Der Regierungsvorschlag: trotz bestehender Auslieferungsverträge mit den USA soll nicht ausgeliefert werden, wenn die *Auslieferbaren* ihren Terror gegenüber Bevölkerung und Regierung einstellen. Jedes Land solle seine Probleme selbst in die Hand nehmen und zu Hause lösen, wird der USA damit gleichzeitig unmißverständlich mitgeteilt. Wie sich die linken Gruppen in Kolumbien dazu stellen, ist noch nicht klar: viel Gemeinsamkeiten mit den Drogenbossen dürften sie nicht haben, die Bevölkerung könnte mit der Aussicht auf Frieden allerdings bereit zu Kompromissen sein, besonders, wenn sie auf Kosten der USA gehen. ●

Verbrechen Psychiatrie

(1. Teil)

Der Satz, den Karl Kraus auf die Psychoanalyse gemünzt hat, trifft auf die Psychiatrie uneingeschränkt zu, also: Psychiatrie ist jene Geisteskrankheit, die sich für ihre Therapie hält.

Nicht nur das: Die Fehlinformiertheit, Desorientiertheit und hybride Interesselosigkeit der überwiegenden Mehrheit derer, die sich "TherapeutInnen" schimpfen, ist schlechthin kriminell: "Es ist grotesk und tragisch, daß Intellektuelle, indem sie sich an die Institutionen der Macht anbindern, unter dem Schein der Hilfeleistung die Opfer der Macht vollends entwaffnen: In der Pose des Samariters geben sie ihnen den tödlichen Kuß."(1)

(Ernst)

Auch die Bemerkung der sogenannten "Therapeutin" im LeserInnenbrief zu "Psychiatrie — der Wahnsinn hat Methode" (s. TATblatt-61;01.11.90. S.23) sind vor allem, was die sogenannten "Neuroleptika" betrifft, nicht anders denn als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu qualifizieren.

"Neuroleptika" sind der geballte status quo. Wer mit ihnen "behandelt" wird, der/die bekommt die Stabilisierung jener Zustände zwangsverabreicht, über die er/sie verzweifelt, an denen er/sie verrückt geworden ist. Die beschwichtigend und beschönigend "Neuroleptika" genannten Nervengifte machen bedingungslos gefügig, indem sie die Persönlichkeit der "Behandelten" brechen. Sie vernichten das Fühl- und Sprachvermögen und schädigen den Körper aufs schwerste. Beispielsweise kann ihre Verabreichung auch zum sofortigen Tod führen, z.B. durch Herzversagen, übermäßiges Ansteigen der Körpertemperatur oder Ersticken. Letzteres wegen der Unterbindung des Luftröhrenklappenreflexes durch die "Neuroleptika", wodurch die Speisen in die Lunge eindringen.

Das alles wissen Psychiater in der Regel. Dennoch verabreichen sie die Gifte. Daß die Entscheidung, "Neuroleptika" zu verabreichen, "keine medizinische, sondern eine politische ist..." bestätigt (für die BRD) eine Äußerung des Pharmakologen und Toxikologen Georges Fülgraff, vormalig Präsident des Bundesgesundheitsamtes Berlin und 1980 Staatssekretär im Bundesministerium Bonn, "Die Bewertung von Nutzen und Schaden von Arzneimitteln ist eine politische Entscheidung, keine medizinische".(2)

"Neuroleptika" sind chemische Waffen der herrschenden Klasse im Klassenkampf.

Der folgende Text stammt aus meiner eigenen Erfahrung mit diesen "Medikamenten". Dazu ist anzumerken, daß es mir erst heute, etwa zweieinhalb Jahre nachdem ich von allen derartigen Mitteln befreit bin — ich hatte großes Glück und war sehr hartnäckig — allmählich gelingt, den Horror, in den ich damals zwangsversetzt worden bin, in die notwendigen Worte zu fassen:

Über den Vorgang gab es von Anfang an keinen Zweifel: Sie hatten meine Ermordung als einen Prozeß inszeniert, der auf Grund der Mittel, die sie mir zu diesem

Hier hatten unsere Lay-
Osterlinien ein Foto mit-
geschickten, das wir,
die (Ab-)Montierverlumen,
wäden rauswarfen.
Für uns entsprach es
zu sehr dem real-
medizinischen (heuschänd-
Vorstellungen von
"Psychiatrie" :-)

Zwecke verabreicht hatten, völlig losgelöst von meiner Außenwelt in mir vor sich ging. Und, was für mich das Grausigste war, völlig losgelöst auch von meiner Innenwelt derart, daß es mir unmöglich gemacht war, auf den Prozeß meiner Ermordung irgend einen Einfluß zu nehmen.

Deshalb ist es auch nicht ganz richtig, wenn ich von diesem Prozeß als von *meiner* Ermordung spreche. Das besitzanzeigende Fürwort ist hier in übertragener Bedeutung zu verstehen. Denn es geschah, da etwas in mir, das zwar meine Ermordung war, dennoch gehörte dieser Mord, der da in mir, an mir geschah, nicht mir. Ja er gehörte nicht nur nicht mir, sondern wurde gegen meinen eindringlichen Willen in mir zum Vollzug gebracht.

Nicht genug damit also, daß sie mittels der Mittel, die sie mir zwangsverabreicht hatten, den Prozeß einer (meiner) Ermordung in mir in Gang gesetzt hatten, mittels derselben Mittel war es ihnen zugleich gelungen, mich der in mir gegen meinen Willen mit mir vor sich gehenden Ermordung vollständig zu enteignen: zynischer, sadistischer, totaler kann Entmündigung nicht mehr praktiziert werden.

Rauswollen! Nicht nur weg von diesem Prozeß, sondern auch hin zu den anderen! Rauswollen und nicht rauskönnen. Wegen

1) Franco Basaglia und Franca Basaglia-Ongaro. Befriedigungs-
verbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt/Main 1980. S.22

2) Zitiert aus Peter Lehmann. Der chem.Knebel. Berlin 1986.S.235

3) Marc Ruffer. Irrsinn Psychiatrie. Psychisches Leiden ist keine Krankheit. Die Medizinisierung abweichenden Verhaltens — ein Irrweg. Bern 1988. S.140 u. 143

der Mittel. Derselben Mittel.

Und Todesangst. Wie denn nicht?!

Und diese ganze grauenvolle Mixtur gedämpft, ihre horrende Widersprüchlichkeit zurückgenommen bis an die Grenze der Deblilität und über diese hinaus. Mittels der Mittel. Derselben Mittel.

Ein Mitglied der deutschen "Irren-Offensive" hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß "Schizophrenie" erst dann tatsächlich beginnt, wenn es der Psychiatrie gelungen ist, einem/r ihr Ausgelieferten "Krankheitseinsicht" zu suggerieren. Dann nämlich hat sie ihn/sie so weit gespaltet, daß er/sie eine Teil von sich als verabscheuungswürdig, böse, schlecht, ekelhaft, inakzeptabel ansieht und dessen Ausmerzungen zustimmt zugunsten dessen, was ihm/ihr von außen oktroyiert wird, das nicht verabscheuungswürdig, nicht böse, nicht schlecht, nicht ekelhaft, nicht inakzeptabel sei, sondern dessen Gegenteil. Es ist dann den PsychiaterInnen gelungen, die Demontage der Person zugunsten der Funktion ins Werk zu setzen.

PsychiaterInnen haben verständlicherweise u.a. auch davor Angst, "ihre" "PatientInnen" aus den chemisch verlängerten Klauen ihrer Vernichtung je wieder zu entlassen; denn diese könnten, von der niederschmetternden Wirkung der Gifte einmal befreit, eines Tages das ganze Ausmaß des ihnen angetanen Verbrechens entdecken:

"Gesunde Menschen werden... zu neurologischen Kranken, mit dem Aussehen und der Behinderung von Parkinson-PatientInnen. Die Wirkungsweise der Neuroleptika hat zweifellos große Ähnlichkeit mit Elektroschock und Psychochirurgie, deren unspezifischer Effekt ebenfalls aufgrund einer organischen Hirnschädigung zustande kommt. Die "Heilwirkung" all dieser "Behandlungs"-Methoden für vermeintliche Hirnschädigungen beruht auf wirklicher Hirnschädigung. oder: "Körperlich gesunde Menschen werden durch ärztliche "Behandlung" neurologisch geschädigt. Dies ist nur möglich, solange abweichendes Verhalten als "Krankheit" im medizinisch-biologischen Sinn betrachtet wird. Diese Tatsache macht die bereits formulierte Forderung für die Zukunft dringend: Jeglicher Umgang mit psychischem Leid und mit psychischer Abweichung muß resillos von der Medizin und dem Begriff der Krankheit getrennt werden."(3)

Bekanntlich lieferte die Medizinalisierung und Biologisierung von Geistigem,

selbst aus sozialdarwinistischen und rassistischen Vorurteilen des Konkurrenzkapitalismus hervorgegangen (Stichwort Imperialismus), den "wissenschaftlichen" Vorwand für das faschistische Vorgehen gegen Andersartige, das zwar in der "Endlösung der Judenfrage" im 3. Reich seine explizit terroristischen Höhepunkt erreichte, das aber weder vorher noch nachher auf das 3. Reich beschränkt geblieben ist: eine "Wissenschaft", deren rassistische Vorurteile längst widerlegt sind, wird dennoch weiterhin als die wahre Wissenschaft von den Herrschenden lanciert und mittels Massenverhetzungsmaschinerie als allgemeines Wissensgut inthronisiert. Dafür revanchieren sich die reduktionistischen, menschenverachtenden, zynischen Pseudowissenschaftler, indem sie der herrschenden Klasse das Instrumentarium zur Weiterführung ihrer Herrschaft und der Unterdrückung der Massen bereitstellen. Klassische Psychiatrie, Psychometrie, biologische Biologie, reduktionistische Anthropologie und Philosophie schenken der Herrschaft einen Popanz: die Norm. Und siehe da, diese anarchische Abstraktion tut den Trick, sie ist von einer ungeheuerlichen Leistungsfähigkeit, was die Erhaltung des status quo und dessen Weiterproduktion in den gewohnten allesmißachtenden allesvernichtenden Bahnen betrifft.

Das Bild von den Universitäten als den Waffenfabriken der herrschenden Klasse (4) trifft genau zu: die den Bedürfnissen der Herrschenden angepaßte Norm ist eine bedingungslos willkürlich verwendbare Waffe, die sich jederzeit mörderisch gegen jede/n und jede Gruppierung richten kann, die den gerade opportunen Interessen der Herrschenden nicht entspricht. Jüngstes Beispiel: der gegenwärtige Genozid und Ökozid an den EinwohnerInnen des Regenwaldes und am Regenwald.

Normal(ität) ist eine Superwaffe der Unterdrückung. Nicht nur ist sie als Waffe gegen Andersartige jederzeit bedingungslos verwendbar, sondern sie wirkt auch als Katalysator der Unterdrückung unter den Unterdrückten selbst. Denn wer will sich schon so weit von der herrschenden Norm entfernen, daß er/sie den Angriff derer, die ihr gehorchen, herausfordert? Dazu gehört Persönlichkeit, über die diejenigen, die der Norm gemäß erzogen worden sind, normalerweise nicht verfügen. Also mühen sie sich ab, dieser anarchischen, gleichmachenden Abstraktion gerecht zu werden, was unmöglich ist. Die aus diesem verkrampften Kampf resultierende Frustration Aggression wird normalerweise zurückgelenkt in die Bahnen dieses verkrampften Kampfes, Verkrampfung Frustration Aggression Zynismus Sadoomasochismus etc. etc. Verstärkend: die klassische Intensivierung des Im-Kreis-Gehens, die — soll es nicht zu der befürchteten Katastrophe, dem Hinausfliegen aus der Kreisbewegung kommen — beschwichtigt werden muß. Ziel: die Produktion der Wiederkehr des Immergleichen, des Déjà vu; die Einhaltung des Im-Kreis-Gehens bis zum bitteren Ende an einem (dann) beliebigen und auch nicht mehr bestimmbaren Punkt des Kreises: (Selbst-

)Befriedungsverbrechen, Weltbefriedungsverbrechen.

Deshalb sind die "Normalen" zugleich die Hüter der Normalität. Jederzeit beliebig verhetzbar und pogrombereit und/oder depressiv und suizidal. (Verhinderte) Amokläufer und/oder verhinderte Süchtige: süchtig nach dem, was ihnen nur in Ansätzen vergönnt war zu erkennen, das sie aber verraten, indem sie in den erlaubten Kreisen ihre tautologischen Kreise eintönig ziehen bis ans bittere Ende. Deshalb sind die "Normalen" so anfällig für faschistisches Gedanken- und Tat"gut". Ununterbrochen.

Wenn ich diesen blöden immer wieder gekäuten Satz schon höre: "Wehret den Anfängen!" Wo sind hier Anfänge? Vielmehr befinden wir uns in der fortgeschrittensten Form des Faschismus. Der heutige Bündnisfaschismus (Bündnis Profitmob-Staat) kann es sich leisten, verglichen mit dem 3. Reich manifesten Terror dosierter anzuwenden. Die Massen gehorchen ohnehin "freiwillig". Der heutige Bündnisfaschismus kann es sich leisten, Parlamentarismus vorzuschützen. Dient doch dieser dazu, Demokratie zu verhindern. "Nur ein Beispiel: Der Satz 'Von allen, die Idee der Freiheit und sohin der Demokratie einschränkenden, Elementen ist der Parlamentarismus vielleicht das bedeutsamste' stammt von keinem SDS-Revolutionär, sondern vom österreichischen Rechtspositivisten Hans Kelsen". (5)

Der heutige Bündnisfaschismus hat gegenüber dem 3. Reich gewaltige Fortschritte gemacht, was das Ausmaß der Verhetzung der Massen, was die Verschleierung seines terroristischen Charakters, was die Heuchelei über sein Wesen betrifft oder (um es mit einem Wort aus der Theorie von der sozialen Genese von Verrücktheitszuständen zu sagen) was das "double bind", die "Doppelbindung" oder "Beziehungsfalle" betrifft, in die ihm die Beherrschten gehen. Zuckerbrot und Peitsche: wenn aber Zuckerbrot, dann als Belohnung für Selbstverzicht, wenn aber Peitsche, dann "im wohlverstandenen Interesse des Patienten", womit wir wieder bei der Psychiatrie sind. "Im wohlverstandenen Interesse des Patienten", so lautet eine Rechtfertigungsstereotype der PsychiaterInnen für den Einsatz von Zwangsmaßnahmen.

Ich frage mich, woher nahmen jene Leute — diese Psychiater —, das Recht, mich hinter vergitterten Fenstern und verschlossenen Türen festzuhalten? Woher nahmen

sie das Recht, mir das Weinen, das Traurig- und das Fröhlich-Glücklichsein zu verbieten? In diesen drei Jahren der Gefangenschaft durfte ich keine Gefühle zeigen; um mir beim Töten meiner eigenen Gefühle zu helfen, mußte ich nach Vorschrift des Arztes Medikamente schlucken. Ja, die meisten Psychiater waren ob der Richtigkeit ihres Handelns so überzeugt, daß es ihnen total gleichgültig war, ob ich mit ihrer Methodik, wie sie meine Gefühle zu vernichten versuchten, einverstanden war." (6)

"Double bind": Das Überleben auf Kosten des Lebens, der Krampfkampf, der dennoch weiterhin als Leben bezeichnet wird, weil ohne diese Umetikettierung z.B. die alltägliche Lohnsklaverei keinen Tag weiter zu ertragen wäre ... "double bind": der Selbstverzicht, der als Entwicklung der Persönlichkeit ausgegeben wird ... Beschwichtigung, Beschönigung, Etikettenschwindel ... Lügen über Lügen ...

Die vielen Methoden zur Verhinderung der Erkenntnis der Wahrheit, ja zur Verhinderung von deren Ermöglichung: z.B. die methodische Nicht-zur-Kennntnisnahme der Theorie von der Soziogenese von Verrücktheitszuständen durch die klassische Psychiatrie und den biologischen Determinismus und deren Beharren auf einer alle sozialen Zusammenhänge leugnenden Theorie von den sogenannten "endogenen Psychosen". "Der biologische Determinismus lokalisiert den Defekt im Kopf von Individuen. Abweichendes Verhalten wird als Ergebnis der Abweichung eines Verhaltensorgans gesehen; Therapie durch Pille oder Messer ist angezeigt. Strafgefangene sind in großer Zahl mit Pharmaka oder Konditionierungsmethoden aus der Tierverhaltenspsychologie 'geheilt' worden. Überdies wird die generelle Anwendung von Psychochirurgie und Psychopharmaka als Maßnahme gegen allgemeine Gewaltausbrüche empfohlen ... Die Gewalt der Schwarzen gegen das Eigentum von Hausbesitzern und Kaufleuten ist nicht das Ergebnis der Ohnmacht der Besitzlosen, sondern die Folge von Hirndefekten. Jeder militanten Gruppe läßt sich mit Hilfe einer maßgeschneiderten biologischen Erklärung die Legitimation bestreiten. Der biologische Determinismus ist ein wirksames und flexibles Mittel, 'das Opfer anzuklagen'". (7)

Es ist Überlebenskampfstrategie des Systems, aktive Systemgegner zu kriminalisieren und/oder zu psychiatrisieren.

Fortsetzung folgt ●

4) Lewontin/Rose/Kamin. Die Gene sind es nicht...Biologie, Ideologie und menschliche Natur. München-Weinheim 1988. S.23

5) Zitiert aus Rolf Schwendter. Modelle zur Radikaldemokratie. Wuppertal-Barmen. 1. Aufl. 1970. S.13 (Fn)

6) Silvia Brief an Marc Rufer. In: Marc Rufer. A.a.o. S.219. Silvia hat sich aus Protest gegen die Psychiatrie und die Gesellschaft überhaupt im Dezember 1980 am "Bellevue" in Zürich verbrannt. Silvia hatte zuletzt der Zürcher Jugendbewegung angehört, von der sie auf- und angenommen worden war. "Doch auch in dieser neuen Umgebung machte sie die Erfahrung, daß gute Gefühle immer mit dem Erleiden von Gewalt verbunden sind. In der Klinik waren es Zwangsinjektionen, Zwangsverletzungen und Schläge gewesen; auf Zürchis Straßen und im autonomen Jugendzentrum waren es Tränengasangriffe. Silvia hatte nach einem Einsatz der Polizei unter großer Atemnot und später unter asthmaartigen Beschwerden gelitten. Zudem wurde sie von Polizeibeamten eine Treppe hinuntergestoßen und mußte sich danach das Fußgelenk eingipsen lassen. Diese Erfahrungen förderten ihr Resignieren. Silvia kam zum Schluß, daß für sie in dieser Gesellschaft kein lebenswerter Platz zu finden war. So wie sie schon ihren ersten Selbstmordversuch als Protest verstanden

hatte, war dann auch ihr Tod am "Bellevue" ein flammender Protest ... Die Jugendbewegung hatte die Botschaft ... verstanden: "Silvia, das Packeis hat dich in den Tod getrieben; wir werden weiterkämpfen, bis das Packeis bricht. Die Zürcher Jugendbewegung." So lautete eine Inschrift in der Nähe von Silvia's Grab... Ganz anders die Reaktion des offiziellen Zürich: Die Bezirksanwaltschaft und die Stadtpolizei teilten mit, daß einzig und allein Probleme psychischer Art Ursache von Silvia Tod gewesen seien; ein Zusammenhang mit den Jugendunruhen bestehe nicht. Am liebsten hätten die Behörden Silvia's Tod ganz totgeschwiegen. Von Silvia Tod durfte in keiner Zeitung eine Todesanzeige erscheinen. Das Bestattungsamt der Stadt Zürich verzichtete darauf, Silvia's Tod im offiziellen Amtsblatt zu veröffentlichen. Silvia wurde in einem namenlosen Massengrab begraben, kein Grabstein markiert ihr vergangenes Leben. An ihrem Begräbnis unterließ der Pfarrer, einen Lebenslauf zu verlesen. Auch im Kantonsspital ist Silvia einen Tag nach ihrem Tod nicht gestorben, sondern "von der Intensivstation auf eine andere Station verbracht worden, man könne die nicht besuchen, ihr aber schreiben", wie es hieß. Den Abschiedsbrief von Silvia hält die Polizei bis heute unter Verschluss." (a.a.O.S.217f)

7) Lewontin/Rose/Kamin. S.14 u. 17

KEIN HAUS AM FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ

6 Trautes Heim — Glück allein

„Ich weiß, ich bin ein Schurke,
ich weiß, ich bin ein Schuft,
aber vergeßt nicht,
ich habe eine hungernde Familie zu Hause.“
(Bruno Kreisky; 1984)

„Kreckststck-ck“ — Ein Krach, wie von splinterndem Holz, erfüllt die Gasse. Doch kaum ist dieser Krach verklungen, ist er auch schon weg. Und alles ist so ruhig und friedlich wie zuvor. Und selbst, wenn da etwas wäre, was nicht so ruhig und friedlich wäre, könnte es Konrad nicht wahrnehmen, weil er seine Augen sicherheitshalber zudrückt und seine Ohren mit der Wahrnehmung eines fluchartigen Zischlautes aus seinem eigenen Munde abgelenkt sind. „Bitte, ein bisschen lauter noch! Damit's auch wirklich ja alle hören. Sonst holt ja am End niemand die Polizei nicht.“, sagt Konrad. Aber er meint es nicht so.

In einem leicht zurückversetzten Haustor kichern Mathias und Anne, eine Brechstange, einen Meißel und einen schweren Hammer in ihren Händen haltend. Nur mit Mühe kann Mathias die Wortfetzen „Na!“, „des“, „war“, „schon“, „ein bisschen“, „laut“ und „oder?“ zwischen seine Lachtöne einzwängen. Anna nickt im Takte ihres Lachens, bemüht sich aber konsequent, ihre Gesichtszüge in eine etwas ernstere Form zu bringen. Immerhin ist es ja doch mindestens eine Sachbeschädigung, die sie da gerade begehen.

Eigentlich wollen sie ja keine Sachen beschädigen. Ganz im Gegenteil. Sie wollen nur in dieses Haus da rein, das da zufällig rumsteht. So zufällig, daß nicht einmal Leute drin wohnen, und das schon seit bald zwei Jahrzehnten nicht. Leider ist allerdings die Haustüre abgeschlossen — obwohl das Haus leersteht, folglich also gar nichts daraus gestohlen werden könnte. Unweigerlich drängt sich der Verdacht auf, daß da vielleicht irgendjemand von dem Leerstand dieses Hauses profitieren möchte, ja vielleicht daraus gar unmäßige Gewinne schnefelt.

So wie sie es jetzt gerade anstellen, kommen unsere revolutionären FreundInnen aber leider nicht viel weiter. Bar jeglicher Kenntnisse über zerstörungsfreien Hauseinbruch versuchen sie mit Hilfe einer Brechstange das versperrte Haustor unter Berufung auf das Hebelgesetz und unter Einsatz von Zwangsgewalt zu öffnen. Doch das Glück ist ihnen unhold.

Das Sicherheitschloß schließt mit gelassener Sicherheit weiter vor sich hin, und auch der Rest des Tores zeigt sich vom prärevolutionären Treiben an der Pforte einigermaßen unbeeindruckt. Lediglich ein Abdeckbrettel gibt nach und zerbricht unter Erregung ungebührlichen Lärms, dem eben obgenannten „Kreckststck-ck“, das sogleich die ganze Gasse erfüllt.

Zum mittlerweile achtzehnten Mal bringt Anna die Brechstange in eine Position, die nun

die allesentscheidend Richtige sein müsse, wie sie meint. Mathias geht daran, sich im nächsten Moment mit voller Kraft an die Stange anzuhängen, und daran anzureißen. Anna macht sich bereit, in ebenselbigem nächsten Moment, voll dagegen zu drücken. Da hören sie aber ein kurzes zweitöniges Pfeifen. Das ausgemachte Signal.

In einiger Entfernung von dem Haustor stehen nämlich nördlicherseits Konrad und südlicherseits Hedda an Plätzen, von welchen sie die gegenständliche Gasse sowie die nächsten Seitengassen einigermaßen gut einsehen können. Sobald sie irgendeine Menschenseele oder irgendein Auto ausmachen, das auch nur im geringsten Gefahr zu laufen droht, auf das Haustor zuzukommen, geben sie das ausgemachte Signal: ein kurzes zweitöniges Pfeifen. Siebzehn Mal gaben sie diesen Alarm nun schon, seit die vier heute Abend bei diesem Haustor da tätig sind, das übrigens schon das zweite Haustor in dieser Nacht ist. Soeben war es das achtzehnte Signal.

Anna und Mathias halten inne. Sie können nicht sehen, warum jetzt schon wieder Alarm gegeben wurde. Es stört sie nur, daß es der für sie nun schon unzählige ist, und daß dies so unheimlich aufhält. Dabei tun sie jetzt ohnehin schon viel zu lange da herum, wie Anna und Konrad meinen. Die ganzen Sicherheitsvorkehrungen

Mal. Vergeblich. Beim vierten Versuch haben Mathias und Anna rein zufällig kurz ihre Anstrengungen an der Brechstange unterbrochen, obwohl sie sich ihrem Ziel gerade ganz besonders nahe wähten. Sie wollten nur eine kurze Pause einlegen, um ihre Kräfte rasch mal wieder aufzusammeln, um die Stange wieder fester und besser anzupacken, und um sogleich in ihren Bemühungen fortzufahren. Da hörten sie aber diesen neuerlichen Alarm.

„Jetzt reicht's ma aber!“, sagt Anna verärgert.

„Scheiß ma d'rauf!“, sagt Mathias.

„Was wär', wenn ma den Alarm ned g'hört hätten?“, entschuldigt Mathias gewissermaßen das, was sie beide im nächsten Moment zu tun gedenken.

Trotz des Alarms zerren sie weiter an der Tür, die jämmerlich kracht, splittert, bedrohlich bebt, und dennoch nicht aufzubekommen ist. Daß die Präventiv-Entschuldigung, was denn gewesen wäre, wenn sie den Alarm nicht gehört hätten, vor Gericht irgendetwas an ihrer Situation verbessert hätte, wenn die Besatzung des vorbeifahrenden Funkstreifenwagens wie durch ein Wunder den Krach nicht überhört hätte, scheint zumindestens fraglich, wenn nicht gar unwahrscheinlich, eigentlich ja ganz und gar unmöglich.

Konrad und Hedda geben sich mit dieser Erklärung jedenfalls nicht vollständig zufrieden, wie sie ihre GenossInnen wenig später mit den Worten „Seid's es wahnsinnig geworden?“ zur Rede stellen.

Konrad ist ob des Fehlverhaltens der GenossInnen — welches, obgleich mutmaßlich gut ausgefallen, „total g'schissen“ war, wie er es ausdrückt — so verärgert, daß er mit voller Kraft mit seinen schweren Schuhen gegen das nächstbeste treten muß, was gerade in der Nähe ist. Es ist wohl eine Ironie des Schicksals, daß es gerade das wohl schon deutlich mitgenommene, aber immer noch unvermindert verschlossene Haustor ist, das sich am besten zum Dagegentreten anbietet, und zweifellos ist es noch viel mehr eine Ironie des ebenselbigen Schicksals, daß es gerade jener Tritt des Konrads ist, der den Widerstand des Tores und damit in weiterer Folge das Tor selbst endgültig bricht. Darob irgendwie überrascht, muß Konrad seinen Ärger ebenso unverzüglich wie vorübergehend zugunsten einer zynischen Meldung hintanhalten. „So macht ma des!“, sagt er. Dann suchen alle vier das Weite.

In dieser Nacht öffnen sie bei noch drei weiteren leerstehenden Häusern, welche Anna in vorangegangenen Erkundungstreifzügen durch die Stadt ausfindig gemacht hat, irgendeinen Eingang.

Zumeist ist es das Haupttor, das sie zu öffnen versuchen. Einige Male gelingt dies auch deutlich schneller als eben gerade. In einem Fall ist das Tor sogar nur durch eine — wohl gehärtete — Vorhängekette gesichert, die mit einem Bolzenschneider bezwungen werden kann. Solche gehärteten Ketten lassen sich zwar selbst kaum aufschneiden, irgendeine Schwachstelle, etwa das Vorhängeschloß, findet sich aber zumeist ziemlich rasch.

Einige Häuser können aber noch viel einfacher, rascher und mitunter auch lautloser durch



mit Tschief-Stehen, Schauen und Alarm-geben verzögern das ganze Unternehmen dermaßen, daß es fast schon unwahrscheinlich wirkt, daß noch keinen BewohnerInnen in der Gasse irgendetwas komisch erschienen sein soll.

Ein langer unterbrechungsloser Pfeifton dringt nun an ihr Ohr. Entwarnung. Endlich! Jetzt — jetzt oder nie — müssen sie das Tor nun aufbringen. Sonst ist es zu spät. Sonst hat es nunmal zu lange gedauert. Dann haben sie ihre Chance halt eben vertan. Dann ist es halt nicht gegangen. Was soll's.

Mathias reißt an der Stange, Anna stemmt sich dagegen. Das Tor kracht, als würden im nächsten Augenblick alle Einzelteile in hohem Bogen hunderte Meter durch die kalte Winterluft geschleudert werden. Wieder pfeift Konrad zwei kurze Male. Mathias und Anna hören es aber nicht. Konrad pfeift abermals. Mathias und Anna hören es wieder nicht. Konrad pfeift ein drittes

Öffnung von ebenerdigen Fenstern zugänglich gemacht werden. Lautlosigkeit ist aber nicht unbedingt Voraussetzung für das Handeln unserer GenossInnen. Lieber ein ordentlicher Krach, der in einer Sekunde vorbei ist, als eine leise, sich aber endlos dahinziehende Möchteger-Stille, die kein Ende finden mag.

„In jedem Fall, wo die Öffnung einer Tür oder eines Fensters gelingt, versuchen die GenossInnen unverzüglich, jeden sichtbaren Eindruck, der auf diesen Eingriff auf die Verschlussheit des Hauses hindeuten würde, zu verstecken. Denn keiner und keine sollen je Verdacht schöpfen können.“

Denn schon in einer der nächsten Nächte wollen sie wiederkommen, und das Haus betreten und besichtigen.

Gleich nach der gelungenen Öffnung hineinzugehen, war unseren GenossInnen zu gefährlich. Denn einerseits könnte der entstandene Lärm ja doch irgendwelche gesetzestreuern StaatsbürgerInnen aufgeschreckt und zum Polizeinotruf bewegt haben. Andererseits wäre es, wenn sie schon in einem solchen Haus unbedingt von der Polizei erwischt werden müssen, irgendwie angebrachter, nicht noch die Einbruchswerkzeuge dabei zu haben.

Dann bestünde nämlich bei einer späteren Verteidigung — denn zuerst einmal würden sie freilich gar nichts aussagen — die Möglichkeit, sich darauf auszusprechen, nur in ein ohnehin offengestandenes Haus hineingegangen zu sein. Daß es sie selbst waren, die es ein paar Tage zuvor aufgebrochen haben, brauchen sie den Kiberern und dem Gericht ja nicht unbedingt auf die Nasen zu binden. Und nachweisen können „die“ ja nix, weil das Werkzeug längst auf einem sicheren Platz gebracht wurde. Die Betonung liegt auf „sicheren Platz“: ein solcher ist wohl kaum in der eigenen Wohnung, die im Zweifelsfall als erstes behördlich durchsucht werden würde.

Auf diese Weise kann also ein allfälliger Tatvorwurf der Sachbeschädigung schon einmal weitgehend ausgeräumt werden. Übrig bliebe dann maximal der Vorwurf der Besitzstörung, was bloß eine Verwaltungsstrafe ist.

Keine Frage freilich, daß unsere lieben GenossInnen an den Tatorten nicht die geringsten Spuren, wie Fingerabdrücke, Fußspuren, oder so, die auf die TäterInnen hinweisen könnten, hinterlassen haben. Und keine Frage freilich auch, daß sie sich's stets konsequent verbeißen, irgendwelche Andenken an die Häuser einzustecken, die die Behörden zu einem ungünstigen Zeitpunkt unversehens bei ihnen finden könnten.

Das alles aber nur so als prinzipieller Gedanke, als kleiner Exkurs, gewissermaßen.

TAGS DARAUF:

„Scheh habt's as da! G'fallt ma! Da ziag i a ein!“, sagt Isabella.

„I find des total leiwand, daß du wieder da bist. Und daß'd glei mitkumman bist, Wohnung anschau. Is a ruhige Gegend da! Gell?“, antwortet Konrad.

„Heh! Paß a bisserl auf, mit der Taschenlampen! Es brauchen ja ned wieder alle Leut' von wisawie glei mitkriegen, daß in dem Haus, wo gestern der komische Krach herkommen ist, jetzt irgendwelche mutmaßlichen Halter von leuchtenden Taschenlampen herumkrebsen.“, mahnt Hedda, mit leicht zornigem Unterton.

„Jaja!“, beschwichtigt Konrad.

Die GenossInnen gehen arbeitsteilig vor. Während sich Konrad und Isabella im größten Raum des 1. Stockes über den fast ein halbes Jahr angedauerten Urlaub Isabellas, von welchem sie erst vor fünf Stunden zurückgekehrt ist, ausgiebig unterhalten, erkunden Anna, Mathias und Hed-

da den Rest des Hauses.

„Es war irrsinnig schön!“, erzählt Isabella dem interessierten Konrad von ihrer Reise. „Am Anfang bin i ja, wies wißt's, amal so Richtung Kufstein g'fahren g'wesen. Kaum war i dort, ist dann die Autobahnbrücken eingestürzt, und am Tag darauf bin i dann schon einmal proforma im Gemeindegatter g'sess'n. I hab damals nämlich grad wieder ganz leuchtend grüne Haar g'habt. Frisch g'färbt, ned wahr? A paar Stund habens mi dann halt drin g'lassen, dann hams mi ausg'fragt, net? Sie haben g'sagt, se haben da so a Kommando-Erklärung kriegt, von den ‚Lenin-Gschwisters‘, wie se de g'nannt haben soll'n. Die haben den Brückeneinsturz als Aktion gegen den Transitverkehr hing'stellt, unter dem Motto: ‚Keinen Meter mehr, aber a wirklich ned!‘, hams ma bei der Bezirkshauptmannschaft erzählt. Was sie sich g'wundert haben, war bloß, daß der Brief aus Wien abg'schickt war, aber ‚Lenin‘ hat ohnehin verammnt nach größerer Organisation klungen, hams g'sagt, und weil ich doch so grüne Haar g'habt hab, ham sa se dacht, na schau: a Ökoteroristin, aus Wean, des muß sie sein!...“

„Wir haben uns damals eigentlich gar ned viel dabei dacht. Wir habens grad lustig g'funden, halt, net? ‚Lenin-Gschwisters‘, so als Weiterentwicklung der Marx-Brothers ham ma uns dacht g'habt, oder so. Hätt i ma ja nie denkt, daß da irgendwer deswegen Schwierigkeiten kriegen könnt. Wer denkt denn a an sowas?...“, sprudelt Konrad aus sich heraus, und tut dann umgehend so, als hätte er sich eben gegen seinen festen Willen verraten.

„Könn't's ihr des irgendwo anders besprechen?“, unterbricht die vorbeikommende Anna das Gespräch.

„Aber des da wird doch das Gemeinschaftszimmer, oder?“, widerspricht Konrad.

„Haha!“, findet Anna das gar nicht mal so lustig.

Eigentlich sind sie alle ja heute da in das Haus gekommen, um zu schauen, in welchem Zustand es sich wohl befinden mag. Ob es — nur mal so gesetzt den Fall, es könnte tatsächlich erfolgreich längere Zeit besetzt gehalten und gar in Selbstverwaltung übernommen werden, was aber ohnehin so unwahrscheinlich ist, daß sie nicht im allergeringsten daran zu glauben wagen würden; aber nur mal so gesetzt den Fall — renovierbar und bewohnbar-machbar ist. Und ob es — im wohl ungünstigeren, aber wahrscheinlicheren Fall — irgendwie gegen einfallende Polizeikräfte verteidigbar ist, ob es gute Plätze und geeignetes Material für Barrikaden gibt. Und schließlich wollten sie schauen, ob nicht allzuviel gefährlicher Schutt herumliegt, der bei einer gewalttätigen Räumung durch die staatlichen Sicherheitskräfte mit Sicherheit kräftig zu gefährlichsten Verletzungen an den beamtensmißhandelten Personen führen könnte — also etwa Glassplitter, scharfe Steine und so. Ja, und zu guter Letzt wollten sie auch noch schauen, ob es vielleicht Möglichkeiten gäbe, das Haus im Notfall über geheime Hinterausgänge, Mauern und Hinterhöfe ungesehen zu verlassen, ohne allfällig ungelegen aufkreuzenden Kiberern in die Arme zu laufen. Solche Häuser würden sich nämlich ganz ungemein für Scheinbesetzungen eignen, wie unsere GenossInnen meinen.

So nebenbei stellen sich die GenossInnen beim Besichtigen der Häuser freilich auch vor, wie schön das eine oder andere Zimmer wohl sein könnte, wenn es nicht aus Spekulationszwecken zu ewigem Leerstand verdammt wäre. Und wie schön doch das ganze Haus sein könne, wenn es von ihnen allen in Selbstverwaltung instandbesetzt und schließlich bewohnt werden könnte. (Und wie frustrierend und kläglich doch die dann nach und nach überhand nehmenden Streiterein und Psychos zwischen den BewohnerInnen und

BenutzerInnen werden würden, die das ganze Projekt nach qualvollen Tagen zuichte machen.)

Mathias stellt sich obendrein auch noch die Frage, was wohl diese notdürftige Bettstatt zu bedeuten hat, die er da eben vorgefunden hat.

„Hallo, kommts amal alle daher. Und wenn's irgendwie geht, dann ein bisserl g'schwind, bitte!“, ruft Mathias nach seinen GenossInnen. Und in seiner Stimme schwingt ein ungehörig Maß an Angst mit.

„Was ist denn?“ fragen Isabella und Konrad, die am nächsten waren, und daher als erste bei Mathias eintreffen.

„Da! Schauts!“ sagt Mathias kurz angebunden, und deutet auf die notdürftige, aber augenscheinlich erst vor kurzem noch benutzte Bettstatt hin. Auch Anna und Hedda kommen inzwischen herbei.

„Oh!“ sagt Hedda, „schaut so aus, wie wann da wer wohnt.“

„Ja dürfen's denn des?“, fragt Anna mit gespielter Unverständnis.

„Vielleicht sollt ma lieber schau, daß ma wegkommen.“, schlägt Isabella mit betont ruhiger, besonnener Stimme vor, ehe sie während der nächsten Worte langsam aber konsequent ihre Ruhe und Besonnenheit fast vollständig abbaut. „Wenn da Sandler oder Sandlerinnen wohnen, dann sind die wahrscheinlich gar ned mal so gut auf uns zu sprechen. Da könn ma dann noch so viel auf earna Klassenbewußtsein appellieren, und daß unser Kampf doch auch der ihre ist, ihr Feind auch der unsere, und so. Bis ma mid earna auf a Packel komman, ham die schon mal...“ Sie macht eine kurze Pause, weil sie im Moment nicht mehr so genau weiß, was sie eigentlich sagen wollte, was sie eigentlich glaubt, von den sogenannten SandlerInnen befürchten zu müssen. Dann fährt sie fort: „Ich mein, de wissen ja ned, wer mia san, und was wir wollen, und daß se vor uns ka Angst haben brauchen. De haben vielleicht mehr Angst vor uns als wir vor earna, nur daß sie sich dagegen vielleicht auf a unguate Art uns gegenüber zur Wehr setzen. I man, de könnan ja ned wissen, ob wir sie ned bei der Heh verraten tan. Was mi nur wundert, is: Warum sind die, was da offenbar wohnen, nicht da? Warum haben die sich noch nicht gerührt?“

„Und wie sind die da eigentlich schon vor uns in des Haus kommen, wo wir uns doch gestern so abplagt haben, daß ma des Tor aufkriegen?“, fragt Mathias, und wirkt dabei fast irgendwie in seinem präguerrillärschen Stolz gekränkt.

„Tja, da könn't ma uns sicherlich noch einiges anschauen! De ham scho was drauf! Zweifellos!“, sagt Hedda und nickt dabei respektvoll.

„Heh! Bitte geh ma! I mag da weg!“, versucht Isabella ihren Abgangsvorschlag in Erinnerung zu rufen. Den anderen kommt dies nicht gerade ungelegen, und so begeben sich alle zielstrebig zügigen Schrittes ins Parterre zurück. Allen voran: Isabella.

Kurz bevor sie jedoch den Hausflur betritt, hält sie inne und gibt mit der Hand ein Zeichen, mit dem die anderen aber nicht allzuviel anfangen können. Noch ehe sie sich aber den Kopf darüber zerbrechen können, was Isabella ihnen wohl mitteilen wollte, bekommen sie auch schon selbst eine gewisse Ahnung davon.

Es ist ihnen, als sähen sie ein eigentümliches blaues Licht impulsierend am Hausflur aufflackern. Und es ist ihnen, als rühre dieses Licht von einer sich um seine eigene Achse drehenden Lichtquelle her. Und es ist ihnen, als würfen in diesem eigentümlichen Lichterschein irgendwelche, ihnen gänzlich unbekannt, Amtspersonen ihre Schatten im Gang umher. Und schließlich ist es ihnen auch noch so, als bliebe ihnen bei dieser Gelegenheit ihr Herz im Halse stecken.

Fortsetzung folgt ●

Feedback

Die Gruppe für Totalverweigerung darf sich eines ungeheuren Feedbacks erfreuen. Das in TATblatt minus 60 abgedruckte Flugblatt "Im Heer HERRScht Glied", daß in einer Größenordnung von sage und schreibe 35 bis 40 Exemplaren Verbreitung gefunden hat, bringt Militär und Justiz in Rage. Neben einer Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der Arge für Zivildienst und Wehrdienstverweigerung flatterte den AntimilitaristInnen unten abgedruckter Brief ins Haus. Aufgrund des Absendetermins (4 Tage nach der "Verteilung"), des engen "Beziehungskreises" des Flugblatts und schließlich der eindeutigen Identifikation mit dem Heer kann er nur von einem Offizier aus dem Bereich der Stellungskommission Wien stammen! Abgedruckt wird er, weil kaum ein anderes Schriftstück in der Lage wäre, die im gejagten Flugblatt aufgestellten Behauptungen noch deutlicher zu belegen.

Für sich spricht letztlich auch die Tatsache, daß ein Brief solchen Inhalts, geschrieben von einem Mann, der "Erzieher" in der "Schule der Nation" ist, keinen Staatsanwalt zur Einleitung eines Strafverfahrens bewegt.....

Sehr entehrte Wixer und -Innen!

Die 1. Seite ihres "Ruhmesblattes" spricht allein schon für sich. Schläge vor, dieses allabendlich mit ins Bett zu nehmen und dortselbst ein ordentliches Wixerl auf's Leintuch legen. Oder gleich hinunterschlucken, dann wächst Euch vielleicht die (Helden-)BRUST. Dann fällt mir noch auf (nicht um), daß Ihr so ein Ding gern hättet, aber doch nicht habt, weil Eures durch die intensive Beschäftigung mit Heeresdingen nicht zur Erektion kommt, sondern bestenfalls über Eure grenzenlose Dummheit zu weinen beginnt.

Bis hierher die Antwort auf Eurem Niveau, denn ein anderes werdet Ihr ja nie erreichen. Es ist daher sinnlos weiterzuschreiben, ich versuch's aber doch. Schließlich kann man sich heutzutage alles übersetzen lassen.

STELL DICH QUER — das hättet Ihr elenden WixerInnen gerne. Jetzt weiß ich erst, wo die letzten Marxisten und Trotzkisten auf diesem Erdball leben. In der vornehmen Schottengasse! Und woher nimmt man das liebe Geld für diese vornehme Adresse? Hat vielleicht ein aus gutem Hause stammendes Fräulein ihre Bude dem vornehmen Klub überlassen? Oder bezahlt man die Miete aus dem

Erlös der Notstandshilfe? Oder schickt man Bubis und Mädis auf den Strich? Oder handelt man gar mit Drogen? Gehört alles zum guten Ton, wie ein kleines Wixerl! Schade, daß es keinen Eisernen mehr gibt, Euch hätte ich gerne durch diesen Zaun waagrecht durchgefeuert.

Ich stelle also fest, daß man seinem Leben sinngemäß nur dann einen Sinn gibt, wenn man der modernen Gruppe für Totalverweigerung angehört!

TOTALVERWEIGERUNG — was, 4 Jahre verweigern sich schon Eure Wixerln? Das wundert mich überhaupt nicht, denn Ihr scheint ja alles nur im Gehirn zu haben. Kein Vaterland wollt Ihr mehr haben? Habe einen neuen revolutionierenden Vorschlag: WIXERLAND! Und was die Legitimation betrifft, Gesetze zu erlassen, die rührt sicher nicht von der Wixerpartei her.

Stichwort Menschenhatz: wie viele Rumänen-Flüchtlinge hat Eure Wixergruppe denn schon integriert? Arbeiten die Securitate-Leute schon in

Eurer Organisation mit? Wovon leben sie bei Euch? Dieser antimilitaristischen Logik kann ich nicht folgen, sie unterscheidet sich von der der Kirche nur unwesentlich.

Weiter unten wird es noch schöner in Eurem Pamphlet: ich hab's ja immer schon gewollt — die Obdachlosen gehören zu Eurem Potential. Na dann gratuliere ich, Ihr wixenden SandlerInnen.

Ihr werdet den menschenverachtenden Zynismus des Bundesheeres und seiner Verantwortlichen nicht mehr tatenlos hinnehmen? Was wollt Ihr denn außer Totalverweigerung dagegen tun? Zurückwixen — leider daneben, wir wixen nicht, wir vögeln.

DAHER: ab sofort wird mit aller Kraft zurückgevögelt! Das sollte Eure Devise sein. Ihr werdet schon noch merken: beides probiert, kein Vergele!

Ich grüße alle WixerInnen recht vöglich !!!

Betrifft: TATblatt

Wie zahlreiche LeserInnen wohlwollend bemerkt haben, wurde im letzten TATblatt dem wiederholten Wunsch nach erklärenden Bildunterschriften erstmals weitgehend gerecht. Was nicht minder unbemerkt blieb, war, daß sie größtenteils falsch, im Minimalfall vertippt waren. Aus der Zeitung Menschenrechtsreport wurde Menschenrechtsexport, aus der Bundesregierung eine Bundesregierung und aus einem Rattankorb ein Rattenkorb. Wobei im letzten Fall die Verteidigung vorzubringen hatte, daß auch in dem Buch, aus welchem das Bild entnommen wurde, schon Rattenkorb gestanden hat. Wie auch immer: Derartiges Fehlverhalten schreit nach Konsequenzen, die auch schon tatkräftig gezogen werden. Der langjährige Obmann des TATblatt-Trägervereins Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, G. — seit der Ull-Statutenreform von 1990 als Vorstandsmitglied justament für den Schriftverkehr des Vereins zuständig — reichte seinen Rücktritt ein. Er betont jedoch, daß da kein ursächlicher Zusammenhang mit den Bildunterschriften der letzten TATblatt-Ausgabe besteht, wiewohl er da nichts beschönigen oder entschuldigen möchte. Sein Rücktritt erfolge lediglich aus gesundheitlichen Gründen. G.

hatte sich nämlich längst verköhlt und muß selbst heute noch hin und wieder regelrecht husten.

In einer Blitzabstimmung wurde ein Genosse mit langjähriger politischer Erfahrung und bislang durch schwerwiegende und nachhaltige Tippfehler unbelastet zum Nachfolger G.s gewählt. Wir wünschen dem neuen Vorstandsmitglied viel Erfolg bei seiner zukünftigen Tätigkeit, ein ausfallendes Weihnachtsfest und ein schönes neues Jahr!

Soviele also dazu, damit a Ruh is! Obwohl es ja fast zynisch anmutet, justament das „Betrifft TATblatt“ zur Bastion im Kampf gegen Tippfehler zu küren. Wo doch gerade das „Betrifft“ bislang alle Rekorde in dieser Hinsicht mühelos hinter sich gelassen

hat. Das „Betrifft“ wird nämlich bekanntlich zumeist ganz am Schluß nach durchleuchteter Nacht geschrieben. Zu genau jenem Zeitpunkt, wo die Äugerln ganz klein sind.

Apropos Äugerln: Bitte beachten Sie auch die TATblatt-Tierecke auf der Rückseite dieser Ausgabe.

Und damit weg von den Tippfehlern — so als ob mir keine anderen Sorgen hätten!

Da wären beispielsweise die S 20,000, — die wir derzeit Schulden haben. Diese Schulden sind noch auf das Versäumnisurteil zurückzuführen, das uns die Klage der „Initiative Neue Linke“ eingebracht hat. Eigentlich sollten wir diese Schulden dringendst bezahlen. Weil wir sonst Schwierigkeiten kriegen (wie das halt bei Schulden nunmal so ist). Ganz vielen Dank, an alle die bislang gespendet haben, und sogar Sammlungen fürs TATblatt organisiert haben. Vielen Dank aber auch an all jene die gleich morgen auf das nächste Postamt gehen und mittels des beiliegenden Erlagschein eine satte Spende fürs TATblatt einzahlen.

Schließlich steht ja Weihnachten vor der Tür. Und welcheR will da schon dem verordneten Konsumrausch verfallen, und sein/ihr Geld für irgendwelchen Scheiß rausbauen. Wo es doch viel bessere Möglichkeiten gibt.

Eine jede Spende ans TATblatt kommt derzeit gewissermaßen dem Handelsgericht Wien, und damit quasi der Republik Österreich, und damit doch uns allen (!) zu gute! (Hust-Hust!) Und damit uns das viele Geld nicht zu Kopf steigt, machen wir jetzt gleich mal eine kleine jahreswechslersche Zeitungspause. Das nächste TATblatt kommt erst wieder am 15. Jänner (!!!). Redaktionsschluß für diese Ausgabe ist am 10. Jänner 1991.

Nachdem ein Jahrzehnt grundsätzlich mit dem zehnten Jahr aufhört geht dieser Tag übrigens entgegen den ganzen Feierein im vorigen Jahr ein ganzes Jahrzehnt zu Ende. Nächstes Jahr fangt ein neues Jahr an. Daß in diesem kommenden Jahrzehnt alles besser wird, daß wünsch ich mir, daß wünsch ich ihnen, das wünsche ich uns allen...

(Aus welcher unaushaltbaren TV-Quiz-Reihe stammt dieser Satz?)

Schnee und Eis, Hals und Beinbruch, Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

Stop Temelin 1991-Wandkalender

Das Atomkraftwerk Temelin steht vor der Tür (nicht nur das Christkind) ... 13 "wunderschöne" Temelin-Fotos in schwarz-weiß, versehen mit geschickten Zitaten von Hölderlin bis Günther

Anders, sollen permanente Mahner in privaten Wohnstuben und Ämtern sein, um zum Widerstand gegen das AKW zu ermuntern.

Gedacht als "Erinnerungshilfe" für diverse PolitikerInnen und andere — auch an die finanzielle "Großzügigkeit" gegenüber Anti-Atom-Basisgruppen — ist er auch von anderen Personen gegen eine gewichtige Spende zu erwerben. Mit diesem Geld will die ARGE gegen Atomgefahren einen Teil ihrer Informations- und Aufklärungsarbeit, auch in der CSFR, finanzieren. Und die wird dringend notwendig sein: Bei einem Besuch einer tschechoslowakischen ExpertInnendelegation

beim französischen Elektrizitätsunternehmen in Paris, erfuhr diese einige "Tips" für den Umgang mit ZweiflerInnen: "Die Öffentlichkeit kopiert wahrheitsgetreue Informationen nicht, daher ist es unsinnig, wahrheitsgetreu zu berichten". Im Sinne der "Strategie der indirekten Kommunikation" seien LehrerInnen, Pfarrer, ÄrztInnen und PolitikerInnen besonders zu behandeln — "Andere sagen lassen, ohne selbst zu sprechen", ist die Devise. In Frankreich habe es sich bewährt, bestimmte Reporter, die gegen Kernenergie wären, unverzüglich und gesondert "aufzuklären". Bei "Fanatikern" müsse der Staat die Initiative ergreifen ... (Aus einem internen Protokoll)

Und: "... sollten Sie gar absolutes Mißfallen an dem Kalender finden, so schenken Sie ihn einfach jemandem, den Sie gar nicht mögen..." Spendenkonto: »Gemeinsam gegen Atomkraft«, FK St. Peter, Kto.Nr 134.486



greulich und grausig

Sich wehren gegen MÄNNERGEWALT im Ernst Kirehweger Haus und überall:

Seit der Besetzung des EKHS waren wir Besetzerinnen im Haus mit Männergewalt konfrontiert. Wir haben uns einen Frauenbereich und dessen Erweiterung erkämpft, haben Vergewaltiger auf die Straße gesetzt und ihnen Hausverbot erteilt, wir verlangen eine Auseinandersetzung der Typen untereinander über ihr eigenes Verhalten. Wir sind auch nicht gewillt, sexistisches Verhalten von Gästen des EKHS hinzunehmen. Deshalb haben wir (gemeinsam mit Studentinnen) kürzlich beim "SoziologInnenfest" die Bühne gestürmt. Anlaß dazu waren erniedrigende Texte, eindeutige Bewegungen der Bandmitglieder und nicht zuletzt ließ sich ein Mann der Band von einer Bandfrau auf offener Bühne die Hosen herunterziehen. Nachdem wir dieser sexistischen Bühnenshow eine Weile zugeschaut hatten, drehten wir ihnen den

Strom ab und gaben unseren Protest lautstark kund. Die Reaktionen waren ebenfalls eindeutig. Die Bandmitglieder zeigten ihre Ärsche und Schwänze her, ein Typ wixte sich auf der Bühne am Hintern der Bandfrau einen ab. Das Publikum verlangte nach Zugaben. Einzelne Männer begannen auf uns loszuprügeln, andere schoben frauenfeindliche Meldungen. Trotzdem gelang es uns die Prügler auf die Straße zu befördern. Die Band mußte aufhören zu spielen. Wie gewohnt fordern Männer eine Erklärung, d.h. Rechtfertigung, für unsere Aktion. Wir sind es leid, erniedrigt und geprügelt zu werden und gleichzeitig Aufklärungsarbeit zu leisten.

KUKU:

Kürzlich erhielt eine Frau im Kuku von einem breiten und schweren Szenentypen einen Faust-

schlag ins Gesicht. Niemand hielt es für nötig, den Prügler aus dem Lokal zu schmeißen. Im Gegenteil:

ling" (sächlichen Geschlechts?) so gegen Gewaltanwendung gegen Frauen einsetzt. Er will sogar den

Briefe Meinungen Diskussionen

es wurden noch Meldungen laut, nach denen sich die Frauen hinsetzen und "a Rua gebn" sollten! Was unterscheidet in punkto männlicher Gewaltanwendung ein "normales" Beispiel von einem "alternativen"? Aber natürlich gar nichts. Schweine.

Patriarchen in sich selbst bekämpfen. Vielleicht sollte er jedoch lieber mal seine eigene Angst vor Männern und deren Gewaltanwendung analysieren und nicht die Frauen dazwischen schieben und schalten, vor allem, da der Mann, dessen Leserbrief er angriff, schwul ist.

KURZER KOMMENTAR ZUR LETZTEN NUMMER:

Wie nett, daß sich ein "Tatblätt-

2 Frauen

Betrifft Leserbrief/Anregung

Schon des öfteren habe ich Euch (dem TATblatt, Anm.) zum Thema Sexualität Briefe/Leserbriefe geschrieben. Leider habt Ihr bis jetzt dies im TATblatt "unterschlagen". ... Ich fände es toll, wenn TATblattlerInnen ihre Gedanken, Vorstellungen, Wünsche, Defizite, Phantasien, Fragestellungen (Verhütung, Sterilisation, Männer - Frauen, etc. etc. ...) zum Thema Sexualität darlegen könnten, vielleicht auch wie sie Sexualität ausleben, wie sie darüber sprechen, nicht sprechen, mit wem sie darüber sprechen - nicht sprechen, über Onanieren, über Orgasmus, befriedigende Sexualität, und, und, und ... Sexualität und Kinder/Jugendliche, Sexualität und ältere/alte Menschen, Sexualität und Jugendheime, Sexualität und Insassinnen von Gefängnissen, und, und, und ...

Mein Wunsch ist es, daß die TATblattleserInnen von ihrer eigenen Betroffenheit ausgehen. ... Sexualität ist ein Thema, das fast jeden Tag jeden Menschen persönlich berührt. Sexualität ist noch immer eines der größten Tabus unserer (jeder?) Gesellschaft. Auch bei

dersogenannten "Linken" (was immer dies ist) wird über Sexualität fast nie gesprochen. Ich hoffe, daß sich TATblattleserInnen finden, die dieses Tabu durchbrechen. Sexualität, so bin ich fest davon überzeugt, beinhaltet eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft. Nicht umsonst werden sexuelle Minderheiten, Sexualaufklärung, etc. von der herrschenden Gesellschaft auf das schärfste bekämpft, diskriminiert und unterdrückt. ... Vielleicht trauen sich einige von Euch zu schreiben. Auf längere

Sicht schwebt mir auch eine Arbeitsgruppe zum Thema Sexualität vor. All diese Gedanken sind für mich nur Denkanstöße, nichts was ich vorgeschlagen habe, ist für mich ausreichend, vollständig, oder gar unumstößlich

mit erotischen Grüßen
Peter

Lieber Tatblättling,
Jedes Wort Deines Textes (in Minus 59) stimmt ziemlich exakt. Deshalb haben wir ja auch das Projekt "Libertine Sadomasochismus Initiative Wien" versucht.
Dein Hermes

liebes tatblatt,
der brief des tatblättings ist eine ENTÄUSCHUNG!

ich glaube zwar auch nicht, daß die befreiung der sexualität die ganze gesellschaft verändern kann - aber das durchforsten der köpfe und körper nach "verbotenem" wird bestenfalls zu einer verharmlosten sexualität führen, die dann immer mehr zur sogenannten "reproduktionsarbeit" verkommt.

wenn schon die angst da ist "an solchen darstellungen gefallen zu finden"(zitat), dann kann das doch nicht heißen, jetzt einfach solche darstellungen zu (ver-)meiden! und vielleicht noch bekennen, wie böse der eigene kopf wieder mal war - da wundert mich nicht, wenn DARÜBER selten gesprochen werden kann - da kommt ja das sprechen einer beichte gleich!

fantasien tun niemandem weh - es geht darum, wie wir damit umgehen/sie inszenieren/ausleben etc. und das stellt hermes auch klar: mit

gewalt, wie wir sie täglich auf der straße erleben, hat das nichts zu tun - er will das freiwillige (das versteht sich von selbst!) ausleben/inszenieren, den spielerischen umgang mit den eigenen wünschen etc.

früher sah MAN nur die heterosexuelle sexualität mit fortpflanzungswillen als gesund an - ist es wirklich sinnvoll, gerade im sexuellen bereich zwischen gesund und krank (wenn auch: krank ohne eigenes verschulden - durch die gesellschaft etc.) zu unterscheiden?

und dazu, daß er den brief gar nicht abgedruckt sehen wollte - enttäuschung...verschiedene standpunkte - wohlgemerkt in einem gewissen rahmen - gehören zu einem zeitungsprojekt...unbedingt dazu.

in diesem sinn finde ich die frage, "wie denn dieser brief in unser medium kommen konnte" etwas komisch -

soll denn euer medium nur ein selbstbestätigungsritual sein, in dem ihr euch sagt, daß und warum ihr recht habt?

schade wärs.
Fritz W., Ilse K.

Wir ziehen um.

Der papierTIGER platzt aus allen Nähten. Aber nimmer lang! Ab 7. Jänner 1991 hat er eine neue Adresse: 1070 Wien, Westbahnstr.40. Fast ums Eck vom Öko-Institut. Telefon 523 30 71, Fax Durchwahl -22. Unser Detailverkauf hat dann auch am Samstag offen! Aber bis dahin sehen wir uns sicher noch (2.,Springerg.1 und 7.,Schottenfeldg.53)!

papierTIGER

Offener Brief an Peter Stipkovits:

Während der letzten alternativen Buchmesse mußten wir feststellen, daß der der "Initiative Neue Linke" nahestehende Ahriman Verlag ausstellen durfte. In der letzten Ausgabe der AKIN mußten wir lesen, daß Du an der Einladung des AhrimanVerlags zur Alternativen-Buchmesse beteiligt warst. Entschuldigung sollst Du gemeint haben, daß Du "deren Programm nicht genau" kennst, um gleich hinzuzufügen, daß es dich "auch nicht allzusehr interessiert".

Nun, aller Ignoranz zum trotz werden wir es Dir nicht ersparen, Dich mit den Inhalten der "Initiative Neue Linke" und ihrer Tarnorganisationen auseinanderzusetzen.

Es ist für uns unvorstellbar, daß sich jemand in der linken Szene bewegt und gleichzeitig "gut Freund" mit faschistoiden Gruppierungen und Personen machen möchte. Wir können uns auch nicht vorstellen, Personen und Projekte zu unterstützen, die durch Verdrehungen versuchen, sich aus der Affäre zu ziehen. Genau das hast Du aber getan, als du erklärtest, daß "nicht die Initiative Neue Linke, sondern der Ahriman Verlag" ausstelle. Am

Tisch des Ahriman Verlags saß Dein Freund Harald Steiner, Vorstandsmitglied der "Initiative Neue Linke". Am Tisch fanden sich auch Flugblätter der INL.

• Wir fordern Dich hiermit auf, öffentlich, das heißt zumindest über AKIN und TATblatt zu den Gründen, die Dich zur Unterstützung des Ahriman Verlags und damit der "Initiative Neue Linke" bewogen haben, zu äußern.

• Wir fordern Dich weiters auf, keine Literatur des genannten Verlages bzw. seiner Tarnorganisation in Deinem Buchladen zu vertreiben.

Wir haben keine Lust, die Zusammenarbeit der INL mit Polizei und Justiz als "interessante Position innerhalb der Linken" (wie Du Dich in einem Gespräch ausgedrückt hast) hinstellen zu lassen. Die Auseinandersetzung mit der interessanten Position wird zumindest für eine Person aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Haftstrafe enden (Verfahren wegen angeblichem Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Störung einer Versammlung und Körperverletzung, Folgen einer INL-Veranstaltung

vom 5. April 1990, sind noch ausständig).

Wir sehen schlicht und einfach nicht ein, warum wir Bücher, die wir in anderen Läden fladern können, weiterhin aus Solidarität in einem Laden kaufen sollen, dessen Kollektivangehörige nicht bereit sind, zu Rechtsextremismus, Frauenfeindlichkeit und Polizeiterror eine klare Stellungnahme abzugeben.

Klartext: Wir drohen mit Boykott Deines/Eures Ladens. Weil wir aber selbst keine Lust auf diese Ebene der Auseinandersetzung haben, bitten wir Dich, die Gelegenheit zu nutzen und in den nächsten Wochen schriftlich zu unseren Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Ein paar Autonome, die des Lesens mächtig sind....

PS.: Liebe LeserInnen. Die Bücher des Ahriman Verlags stehen auch in anderen linken Buchläden herum. Wir bitten Euch, die VerkäuferInnen darauf anzusprechen und die Entfernung der Bücher zu fordern. Wir denken, daß Läden, die rechten Gruppen Geld zukommen lassen (und nix anders ist das, wenn sie deren Bücher verkaufen), auch keinen Anspruch darauf haben, daß bei ihnen aus Solidarität nicht geladert wird.



ANARCHISTISCHER TASCHENKALENDER 1991

Vom Herausgeber des SRAK 1983-89
Ralf G. Landmesser

Für Menschen, die ein klein wenig phantasievolles Chaos dem ge- und verordneten Stumpsinn vorziehen: für Kreuz- und QuerdenkerInnen mit Herz und Humor. Für Inspiration und gegen das Vergessen der Spätgeborenen. Für Grenzen-lose Freiheit in einer Welt des Friedens, Wohlstands, der Gleichberechtigung und ökologisch bewußten Lebensweise.

Hochwertige, stabile Bindung, 256 Seiten.
Preis 10,- DM incl. Porto und Verpackung.

Nur gegen Vorkasse:
Überweisung, Check, bar.

R.G. Landmesser
Rathenower Str. 23
D-1000 BERLIN 21
Postgroat München
Kto.Nr. 508 48-801, BLZ 700 100 80
Unbedingt eigene Adresse angeben!!!

Ab 5 Stück je 7,- DM.
Ab 20 Stück je 6,50 DM.

TERMINE

WIEN

KUNDGEBUNG:

Sa. 22. 12., Stock im Eisen-Platz:
Kundgebung wegen der verschärfsten Situation für Flüchtlinge

Jeden Mi, 19.00 Uhr, Treffen der IGARA

Weihnachtsaktion und Aktionen am Flughafen Schwechat sollen geplant werden.

Jeden Sa kommt die Maschine aus dem Iran, vor 4 Wochen wurden bereits allen iranischen Flüchtlingen das Verlassen des Flugzeuges verweigert und sie zurückgeschickt. — Oh, du Fröhliche!

FLEX

Mi.05.12.: EXTENDED VERSIONS, MAISCHE

Mi.12.12.: NO FISH ON FRIDAY

Mi.19.12.: I.E.P.

Kassa jeweils ab 20h, Band on Stage 21.30h

AUDI MAX DER HAUPT-UNIVERSITÄT

Di.18.12.: Benefiz(konzert?) zu gunsten der RumänInnen

TATBLATT-BÜRO

Mi.09.1 19h: Offenes Treffen für alle, die etwas gegen den Opernball (7.2.91) haben und auch

etwas dagegen machen wollen. Ideen mitbringen!

LINZ

STADTWERKSTATT

Fr.21.12.: PASSENGERS & SEX SEX SEX

Sa.22.12.: 7 INCH 12:7 SIOUX

Mo.31.12.: DYNAMO URAFAHR, SOUL SEDUCTION, F.U.T....

KAPU

Do.20.12. 20h: NEGAZIONE(it), BITCH MAGNET(USA)

Mo.24.12. 20h: BOMBEN WEIHNACHTSFEST mit Live Musik und Disco

Mi.09.01. 20h: ASEXUALS(Can)

INTERNATIONAL

Mo.24.12.:



Alle Macht der UNO?

Stellungnahme zu einem Interview aus der Volksstimme mit Peter Lautischer Mitarbeiter für außenpolitische Fragen in der KPÖ, Mitglied des ZK, von dem der Imperialismus gerechtfertigt wird.

Ist es Ok wenn ein Mitglied des ZK auf die Frage, ob es jetzt, wo es keinen Ost-West Konflikt mehr gibt zu einer Verschärfung der Ausbeutung der "Dritten-Welt" kommen könnte antwortet: "Es läge im Interesse der Menschen im Geltungsbereich der KSZE, daß es keinen Konflikt mehr zwischen Ost/West gibt und daß jetzt auf den KSZE-Staaten eine große Verantwortung gegenüber der Süd Staaten kommen werde"

Ist dieser Mensch nicht kurz-sichtig, daß er nicht erkennen kann daß die Menschen im großen und ganzen nirgendwo was mitzureden gehabt haben und haben und daß die Waffen, die zur Unterdrückung des Volkes in den Süden verwendet werden alle aus der Industrie der sogenannten Zivilisierten stammen. Oder ist es deswegen weil er keine andere Möglichkeit sieht um weiterhin Cocacola zu trinken.

Neue Chance: UNO als Instrument der Friedenssicherung!

Warum? Das hängt damit zusammen daß sich Ost/West nicht mehr dort wo die UNO eine Entscheidung trifft blockieren. Sagt der Mensch

Das stimmt weil es keinen wesentlichen Unterschied zwischen Ost/West gibt. Die Frage ist aber ob 2 Staaten die für die Menschenrechtsverletzungen seit mehr als einem halben Jahrhundert verantwortlich sind überhaupt an Frieden interessiert sind

Dann zitiert der Mensch einen Teil der UNO Charta, wie schön er das kann und wie schön er vergessen kann, daß es in den letzten Jahren zu keinerlei Sanktionen gegen Amis gekommen ist weder als sie ein Passagier Flugzeug in die Luft jagten und 300 Menschen in den Tod schickten noch als sie in Panama einmarschierten und 3000 Menschen ermordeten, und auch nicht dann als sie die Contras im Nicaragua unterstützten.

Im übrigen find ich es super, daß er zumindest etwas gegen die Überfluggenehmigungen für die nordstaatlichen Kampfflugzeuge Richtung Süden hat

gb